

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 22. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 17. Juni 2014 / 18. Juni 2014
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.00 Uhr (17.06.2014) / 18.00 - 20.00 Uhr (18.06.2014)

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Andreas Bammatter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff
Franz Vogt

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Claude Duperrex, Ueli Keller, Stefan Tomek, Semra Wagner-Sakar
(17.06.2014)

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 33 Anwesende = 22
18.30 Uhr, 34 Anwesende = 23
18.55 Uhr, 35 Anwesende = 24

Entschuldigt: Ruedy Breitenstein, Claude Duperrex, Beatrice Hecklin,
(18.06.2014) Jacqueline Misslin, Barbara Selinger, Semra Wagner- Sakar

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 32 Anwesende = 22
18.25 Uhr, 33 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

**Fix: 18.00 Uhr: Fachreferat zum Geschäft 4118/A von Herrn Prof. Dr. Ueli Mäder,
Leiter Soziologisches Institut der Universität BS**

1. Bericht des Gemeinderates vom 27.05.2014, zum Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 16.01.2013, betreffend **Armutsbericht**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4118 / A
2. Bericht des Gemeinderates vom 26.03.2014, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 20.05.2014, betreffend der **Jahresrechnung 2013**
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4172 / A
3. Bericht des Gemeinderates vom 26.03.2014, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 13.05.2014, betreffend **Geschäftsberichte 2013 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4171 / A
4. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 13.05.2014, betreffend **Rechenschaftsbericht der GPK**
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Geschäft 4187
5. Bericht des Gemeinderates vom 30.04.2014, sowie der Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, betreffend **Bau- und Strassenlinienplan Wirtsgartenweg, Abschnitt Judengässli – Stegmühleweg, Mutation Teilstück Judengässli – Rieschweg**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4170 / A
6. Bericht des Gemeinderates vom 21.05.2014, betreffend **Freiraumkonzept 2013**, sowie **Beantwortung Motion Grünanlagenkonzept**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4191
Geschäft 4002 / A
7. **Wahl der Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2014/2015**
 - a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
 - b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
 - c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
 - d) Wahl von 2 Stimmezählern / Stimmezählerinnen
 - e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmezähler / Stimmezählerinnen Geschäft 4192

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 22 vom 17. und 18. Juni 2014

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Andreas Bammatter

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Andreas Bammatter, Präsident: Guten Abend, ich begrüsse Sie zu meiner zweitletzten Sitzung dieses Jahres. Ich begrüsse sehr herzlich Mario Elser, er rückt nach für die Grünen und ist heute zum ersten Mal bei uns. Und von Ihnen her gesehen links von mir sitzt Herr Spinnler, er ist der neue Jurist und wird uns hier unterstützen.

Ich komme zu den Vorstössen. Es gab eine kleine Anfrage betreffend Freizeit- und Begegnungszone Jahrgangsguppe von der ersten Generation. Gibt es Änderungen der Traktandenliste?

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, dass das Eingangsreferat von Professor Mäder gehalten wird, aber dass aufgrund der fachlichen Zusatzinformationen das Traktandum 1 von der Traktandenliste abgesetzt wird. Die Begründung ist, dass alle Fraktionen die Gelegenheit erhalten sollen, die neu gewonnenen Erkenntnisse zu diskutieren, um neue oder gleiche Schlussfolgerungen zu ziehen.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Wir haben gestern in der Fraktionssitzung beschlossen, dass wir diese Traktandenänderung nicht gutheissen werden, ich habe das auch allen per Mail mitgeteilt. Wir haben dieses Thema zum dritten Mal im Einwohnerrat. Wir haben alle genügend Wissen, welches durch das Referat noch ergänzt wird, aber wir müssen dies über die Sommerpause nicht nochmals wälzen. Wir sollten jetzt Nägel mit Köpfen machen, wir lehnen diese Traktandenänderung ab.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir unterstützen die Verschiebung des Traktandums. Wir werden heute Abend nicht zuletzt darüber befinden, ob wir CHF 60'000 genehmigen möchten für den Bericht. Heute Abend werden wir die Gelegenheit erhalten, von Herrn Mäder zu hören, welche Stossrichtung der Bericht haben wird. Es wäre sinnvoll, wenn wir nochmals Gelegenheit haben, um zu überlegen, ob wir das Geld sprechen möchten. Dafür brauchen wir genügend Zeit.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Die SVP unterstützt den Antrag der FDP. Wir sehen noch einen anderen Grund. Wenn wir heute Abend nicht klar aufgezeigt erhalten, dass wir mit diesem Armutsbericht einsparen können, und zwar mehr als er kostet, dann sind wir sowieso grundsätzlich dagegen. Es muss klar aufgezeigt werden in diesem Referat, dass wir Geld einsparen können, und zwar mehr, als wir ausgeben. Das ist unsere Grundhaltung.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion. Ich möchte gerne fragen, ob es nicht möglich wäre, dass wir zuerst dem Referat von Herrn Mäder zuhören, und erst nachher über die Traktandenliste diskutieren. Danach wird sich wahrscheinlich einiges klären.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Man muss nicht speziell dünnhäutig zu sein, um zu spüren, um was es geht. Der Gemeinderat hat den Vorschlag gemacht, dass wir diese Studie machen. Wir haben zweimal beschlossen, dass wir in diese Richtung gehen. Wir alle wissen, wer Herr Mäder ist. Wir möchten vorwärts machen und wir haben ein Ziel. Rauszögern heisst nur, dass wir länger warten, bis wir ein Ziel haben. Ich appelliere an Sie, daran zu glauben, was wir hier drin beschlossen haben. Man muss nicht dünnhäutig zu sein, um die Absicht von dort drüben zu merken.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Unsere Überlegung war die, dass wir einen fundierten Entscheid möchten. Deswegen stellt die FDP den Antrag.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir haben einen Gegenantrag, dass wir zuerst zuhören und danach darüber abstimmen. Das möchte ich zuerst dem Rat zur Abstimmung geben. Danach werden wir über die Traktandenliste befinden, und dann machen wir noch die Präsenzkontrolle.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Wir stimmen darüber ab, ob wir zuerst die Traktandenliste bereinigen oder zuerst das Referat hören.

://:

Wir freuen uns, dass wir das Referat zuerst hören.

Arnold Julier, Gemeinderat: Es freut mich ausserordentlich, dass Herr Professor Mäder uns zum Armutsbericht und was dort drin enthalten sein soll, informiert. Ich begrüsse ihn sehr herzlich und bedanke mich, dass er sich zur Verfügung gestellt hat und heute dieses Referat hält und anschliessend Fragen beantwortet.

Prof. Ueli Mäder: Danke für die Einladung. Ich freue mich, dass Sie dieses wichtige Geschäft so ernst nehmen und dass wir so miteinander ins Gespräch kommen können. Ich möchte Ihnen etwas zum Armutsverständnis sagen. Was ist überhaupt Armut in einem reichen Land? Ist das nicht komisch, darüber zu sprechen? Und dann natürlich, was Sie erwartet, wenn man so eine Studie macht. Das geht aus dem Postulat hervor, aber ich würde gerne nochmals versuchen dies zu bündeln. Und dann sage ich etwas zum Vorgehen, und dann, wie das vom Sprecher der SVP angesprochen wurde, zum möglichen Nutzen.

Allschwil ist ein interessantes Gemeinwesen, das floriert und wächst, und eine lange Tradition hat. Sie engagieren sich für diese Gemeinde, viele der Vorfahren haben etwas dazu beigetragen, dass das Verkehrswesen und die Wirtschaft so wachsen konnten. Es ist wichtig, dass man sorgfältig mit diesem Gut umgeht und alle Ausgaben genau und sorgfältig prüft. Sie haben ausgesprochen vielfältige verschiedene Netzwerke, das ist ein Potential. Gerade wenn man über Armut spricht, dann ist dies aus meiner Sicht ganz wichtig, dass man nicht nur eng auf Armut fokussiert, sondern im Sinne einer Sozialstudie schaut, wo sind in einer Gemeinde welche Potentiale vorhanden. Das zivilgesellschaftliche Moment ist etwas sehr Zentrales. Ich bin im Handball und im Fussball sehr engagiert. Es gibt auch in Allschwil noch viele andere Vereine, die Wertvolles leisten. Man muss sich fragen, was der Nutzen sein kann daran anzuknüpfen.

Was könnte eine solche Studie überhaupt bieten. Was ist Armut? Wenn Sie lesen, dann heisst es, dass Armut etwas wie ein Mangel an sozialer Sicherheit ist. Das ist schön, aber abstrakt. Konkreter heisst es, wenn ein Haushalt kaum in der Lage ist, seine existentiellen Bedürfnisse zu befriedigen, dann ist er von Armut betroffen. Aber was heisst existentielle Bedürfnisse? Eine absolute Armutsdefinition wäre: Arm ist eine Einzelperson, welche nach Abzug der Ausgaben für Gesundheit und Miete weniger als CHF 1000 hat. Das ist eine absolute Grösse. Es gibt Leute, die haben ein bisschen mehr Geld haben, aber gesundheitliche Beeinträchtigungen, und daher schlechter dastehen, als Leute, die weniger haben, aber sonst irgendwo günstig wohnen. Armut hat nicht nur eine absolute Dimension, sondern immer auch eine relative. Die relative Dimension muss sich auch an dem orientieren, was eine Gesellschaft zur Verfügung hat. Gehört ein Musikunterricht von einem Kind zu den existentiellen Bedürfnissen oder nicht? Darüber kann man streiten und unterschiedlicher Auffassung sein. Wenn wir über Armut sprechen, dann muss man den relativen Bezug und den Bezug zu den Ausgaben machen. Das Subjektive spielt wahrscheinlich auch mit rein. Es gibt Leute, die absolut zu den Armutsbetroffenen zählen, aber wenn man mit ihnen spricht, dann hört man: Uns geht es gut. Und umgekehrt gibt es Leute, die subjektiv das Gefühl haben, dass sie sehr arm dran sind. Aber wenn man die Ausstattung anschaut, dann stehen die relativ gut da. Wenn wir von Armut sprechen, dann ist es wichtig, dass man ein dynamisches Verständnis hat und dass wir versuchen, die absoluten, relativen und subjektiven Momente zusammenzunehmen. Wenn wir Armut so definieren, dass wir zum Beispiel das sozialhilferechtliche Armutsniveau nehmen, damit wir das machen, was die meisten Studien machen, und damit man auch eine Allschwiler Studie besser vergleichen kann, dann ist das ein Entscheid. Ich würde dafür halten bei so einer Studie, dass man unterschiedliche Existenzminima nimmt. Man kann Armut so definieren und dann sieht es so aus. Wenn man es anders definiert, dann sieht es anders aus. Zum Beispiel können wir Armut vor den Transferleistungen anschauen, dann gibt es dieses Bild, nach den Transferleistungen gibt es ein anderes Bild. Armut hat immer eine normative Komponente, und man muss sich politisch darüber einig sein, von welchem Niveau man ausgeht. Wenn man das Niveau tief nimmt, dann gibt es weniger Arme. Wenn man den Ansatz der Ergänzungsleistungen nimmt, dann gibt es mehr Arme.

Was soll eine solche Studie klären? Es geht aus dem Postulat eine Reihe von Fragen hervor. Aus meiner Sicht sind es drei Komplexe, die zentral sind. Ein erster Komplex: Wer ist wie und weshalb von Armut betroffen? Das ist die Hauptfrage, die Ausgangsfrage. Dazu käme unabdingbar dazu: Wie lässt sich Armut bewältigen? Was haben wir hier für Möglichkeiten und was gibt es für Wege? Das wäre die zweite Hauptfrage. Und es gibt eine dritte Frage. Natürlich eine Armutsstudie und ein Armutsbericht, aber auch im Sinne eines Sozialberichts. Ein Gemeinwesen wie Allschwil ist etwas vom Interessantesten. Das sage

ich nicht, um Ihnen gut zu sprechen. Wenn Sie die neuste Publikation von PM – er schreibt alles anonym – anschauen, Watt-2000-Gesellschaft. Er und viele gesellschaftliche Utopien gehen ideal oft von einem Gemeinwesen mit 20'000 Einwohnerinnen und Einwohnern aus. Das scheint etwas zu sein, was Sinn macht, ein Gemeinwesen von dieser Grösse. Wenn man in Allschwil eine Studie macht, dann müsste das einen gewissen Pionier- und Modellcharakter haben. Darum wäre für mich ein dritter Fragenkomplex: In welche Richtung entwickelt sich das Gemeinwesen? Was können wir mutmassen aufgrund von soziodemografischer Indikatoren? Wie wandelt sich die Gesellschaft? Ich hoffe, dass wir eine Gesellschaft sind, welche nicht mehr in der industriellen Moderne eine klassisch „entweder oder-Gesellschaft“ sind, sondern dass wir mehr in die Richtung einer reflexiven Moderne gehen. Eine Gesellschaft, welche die Zukunft antizipiert und die sagt: Wenn das so weiter geht, dann könnte es so oder anders aussehen, also macht es Sinn, dass wir miteinander uns darüber verständigen, wie wir es gerne hätten, und nicht einfach fatalistisch alles einer gewissen Gläubigkeit überlassen. Der dritte Komplex: In welche Richtung entwickelt sich die Gemeinde. Wo haben wir Indikatoren, die uns helfen, dies annäherungsweise zu beschreiben. Das wären die drei Fragestränge.

Wie machen wir das? Eine kantonale Armutsstudie wird dies mitnichten einlösen, aber es gehört unabdingbar dazu, nämlich dass wir harte Fakten haben. Wir erhalten diese, indem wir anonymisiert Steuerdaten auswerten und verknüpfen mit Berufsgattungen, damit wir Hinweise darüber haben über die Working-Poor, Erwerbstätige und Arme. Das ist ein wichtiger Zugang, damit wir quantifizierbare Orientierungsgrössen haben. Ich habe früher bei den Ökonomen in Basel Statistik bei Professor Gut gelernt. Er hat immer gesagt, dass das Wichtige das ist, was sich hinter den Zahlen verbirgt. Das quantifizierbare muss sich mit dem Qualitativen verknüpfen. Da sehe ich eine Möglichkeit. Wenn Sie Ihren eigenen Bericht anschauen im Sozialhilfebereich, das ist eine beachtliche Grösse, dann käme als zweites Untersuchungsmoment dazu, dass man eine Dossier-Analyse macht. Man schaut, wie die Prozessverläufe sind, welche Versuche können dies positiv beeinflussen etc. Aktenanalyse wäre ein zweiter Bereich in diesem Vorgehen. Etwas Drittes sind Interviews mit den Fachleuten aus verschiedenen sozialen Bereichen, nicht nur die Sozialhilfe. Interviews auch mit Betroffenen, um herauszufinden, wo welche Massnahmen wie hilfreich waren. Sie haben jedes Jahr rund 50 Haushalte, welche von der Sozialhilfe wegkommen. Wir haben dies bei der nationalen Working-Poor-Studie gemacht. Es war wertvoll zu sehen, was hilfreich war und was weniger. Wie sind die Leute von der Sozialhilfe weggekommen, was hat wirklich geholfen. Es ist wichtig, wenn wir weitere Potentiale von dem, was hilfreich sein kann, ins Auge fassen und die Kreise weiterspinnen. Dazu gehört die Wirtschaft und die Gesellschaft, aber zentral auch Ärztinnen und Ärzte, wahrscheinlich auch Lehrerinnen und Lehrer. Wahrscheinlich sind das wichtige Seismographen in unserer Gesellschaft. Wenn man so etwas wie ein Frühwarnsystem entwickeln möchte, dann ist es sehr hilfreich, wenn man auch mit diesen Leuten Interviews führt. Es ist dann immer die Frage, wie viel. Was ist der Nutzen, wenn man mehr Interviews führt. Es gibt mehr Hinweise auf das, was nützlich sein könnte. Das ist selbstverständlich irgendwann mit einem sinkenden Grenznutzen verbunden, aber damit es aussagekräftig ist, hilft es, wenn man nicht nur ein paar Zufallsinterviews macht.

Was ist der Nutzen? Ich könnte Ihnen eine Stunde lang referieren, das habe ich kürzlich in der HSG in St. Gallen gemacht, wie die Renten rentieren. Wenn wir sie nicht hätten, dann müssten wir sie schleunigst einführen. Das gilt nicht ganz gleich bei sozialen Ausgaben. Aber man muss auch bei den sozialen Ausgaben sehen, dass dies auch Ausgaben sind, welche nachher in den Konsum fliessen, Mieten werden davon bezahlt. Das sind Ausgaben, welche zum Teil eine höhere Wertschöpfung haben als andere Ausgaben. Es gibt nicht nur die Ausgabeseite, es gibt auch eine materielle Ausgabenseite. Das reicht aber sicher noch nicht, um Ihre Frage zu beantworten. Nehmen Sie eine gute Beratung. Wir haben das in mehrere Fälle durchgespielt. Das ist keine Kritik an einer Sozialhilfe, weil den Letzten die Hunde beißen. Es gibt Situationen, wenn Sie mehr investieren, dann können Sie klar Kosten sparen. Einfach deshalb, weil diese Leute früher von einer Sozialhilfe wegkommen. Man muss ab und zu etwas in die Hand nehmen, um nachher mittelfristig den Nutzen zu erhöhen. In bin davon überzeugt, wenn Sie das angehen, dann kann das helfen. Ich möchte Ihnen aber auch nicht das Blaue vom Himmel erzählen. Ein Nutzen ist der, dass man Leid mindern kann. Es gibt einfache Korrelationen, ich warne die Studierenden immer vor den einfachen Korrelationen, aber hier stimmen sie. Je tiefer das Einkommen ist, desto höher sind die Anteile von Gewalt im öffentlichen Raum. Je tiefer die Einkommen, und dort können Sie von Karies bis Aids jeden Bezug herstellen, desto grösser sind die gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Es liegt auf der Hand, wenn wir den Leuten mehr den Rücken stützen, dass wir dann bei den Gesundheitsausgaben Entlastungen haben. Ich weiss, dass die Situation für eine Gemeinde besonders schwierig ist. Gesamthaft in der Schweiz, wenn Sie alle sozialen Ausgaben zusammennehmen, steigen diese nur absolut. Aber in Bezug auf den gesamtgesellschaftlichen Reichtum gehen sie zurück. Aus der Perspektive einer Gemeinde, welche einen grösseren Anteil der Sozialhilfe und der Ergänzungsleistungen übernehmen muss, tut es weh. Es macht Sinn, dies gut zu überlegen. Wenn Sie sich dafür entscheiden können, etwas in Auftrag zu geben, damit das Gemeinwesen in Allschwil etwas davon hat, dann setzt dies etwas in Bewegung. Dies hat auch einen positiven Effekt auf den sozialen

Zusammenhalt in einem Gemeinwesen. Einer Gemeinde geht es dann gut, wenn es möglichst allen gut geht.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir haben dies gehört und wissen jetzt etwas. Gibt es direkte Fragen zum Referat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zum Antrag der FDP bezüglich der Traktandenbereinigung. Dafür braucht es ein einfaches Mehr. Der Antrag lautet, das Traktandum 1 absetzen und auf die nächste Einwohnerratssitzung zu verschieben. Der Gegenantrag ist die Beibehaltung.

://:

Mit 11 Ja- zu 23 Nein-Stimmen wird das Traktandum nicht abgesetzt und die Traktandenliste nicht verändert.

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich möchte noch die Möglichkeit geben, um Fragen zu stellen, wenn Professor Mäder hier ist. Wenn dies nicht der Fall ist, dann danke ich Herrn Mäder sehr herzlich für seine Ausführungen. Er hat weitere Geschäfte und muss gehen. Wir verabschieden ihn gerne und bedanken uns nochmals sehr herzlich. Sie erhalten Bescheid oder lesen es morgen in der Zeitung. Danke.

Prof. Ueli Mäder: Wir werden morgen eine Studie, welche wir jetzt gerade gemacht haben, den Medien vorstellen. Morgen Abend in der Aula der Uni stellen wir die Studie über Raum und Macht vor. Falls sich jemand dafür interessiert, erlaube ich mir ein paar Prospekte draussen aufzulegen. Ich habe gefragt, ob ich das darf.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 27.05.2014, zum Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 16.01.2013, betreffend Armutsbericht
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4118 / A

Arnold Julier, Gemeinderat: Der Armutsbericht wurde am 23. Januar 2013 eingegeben, und am 20. März haben wir zum ersten Mal darüber befunden, und das Postulat mit 18 zu 16 Stimmen überwiesen. Dann hat Ihnen der Gemeinderat am 09. April das Postulat beantwortet und den Antrag gestellt, dass wir dies abschreiben. Das ist nicht so eingetroffen, der Einwohnerrat wollte dies nicht mit 24 zu 10 Stimmen. Jetzt stellen wir Ihnen gemäss Ihrem Beschluss den Antrag, die Armutsstudie zu machen. Dafür brauchen wir einen Kredit von CHF 60'000, damit wir etwas Richtiges erhalten. Ich empfehle Ihnen, dies so zu diskutieren und zu behandeln.

Andreas Bammatter, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Wir von der EVP/Grüne-Fraktion sind für diese Studie. Man hat klar gesehen, dass die Kompetenz von Herrn Professor Mäder da ist. Wir können dieses Geld in die Hand nehmen und es wird etwas aufzeigen, wie man frühzeitig verhindern kann, dass jemand langfristig in der Sozialhilfe bleiben muss. Gerade die Zusammenhänge zwischen Gesundheit und Armut sind sehr interessant. Wenn man dort präventiv wirken kann, dann lässt sich viel Geld sparen. Gerade bei Leuten, welche an der Armutsgrenze leben, ist die Gefahr von chronischen Krankheiten sehr hoch. Chronische Krankheiten sind sehr teuer. Das einzige, was mich gestört hat, ist die Sprache. Bei so einem Bericht erwarte ich eine allgemein verständliche Sprache, welche sich nicht nur an Studenten und Experten richtet.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte die Kompetenz von Professor Mäder in keiner Art und Weise in Zweifel stellen, auch stelle ich nicht in Zweifel, dass dieser Bericht das eine oder andere durchaus

Interessante darlegen könnte. Im Hinblick auf das Traktandum 2, nämlich die Rechnung 2013 und die finanzielle Lage der Gemeinde Allschwil sind wir von der CVP-Fraktion klar der Meinung, dass wir uns einen Bericht für CHF 60'000 nicht leisten können. Es wird auch nicht bei den CHF 60'000 bleiben. Wenn man denn nämlich eine Schlussfolgerung hat, dann braucht es weitere Berichte, wie wir dann mit dieser Schlussfolgerung umgehen, um die Armut zu bekämpfen. Ich habe grosse Zweifel daran, ob das Gemeinwesen die Armut nachhaltig bekämpfen kann. Wir von der CVP-Fraktion lehnen diesen Kredit und die Auftragserteilung ab. Wir können uns damit einverstanden erklären, dass das Postulat als erledigt abgeschlossen wird.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Ich bin ein bisschen erstaunt über das Votum des Vorredners. Herr Mäder hat klar aufgezeigt, dass man damit Geld sparen kann. Wir müssen die Gründe nicht kennen, wir haben etwa gleich viele Sozialfälle, etwa 50 Familien pro Jahr, das ist nicht gerade billig, also keine CHF 60'000. Wenn man alle Jahre wieder 10 bis 20 Familien raus bringen kann, dann können wir massiv sparen und dann sind die CHF 60'000 nichts. Wir geben rund CHF 6'000'000 pro Jahr aus. CHF 60'000 für das Eruiieren, wo die wunden Punkte sind und wo man Steuern kann, und wo man die Leute aus der Sozialhilfe holen kann, lohnen sich. Ich finde es sehr kurzsichtig, dieses Geld hier einsparen zu wollen. Wir geben nachher nach fünf Jahren viel mehr aus. Ich bin vor allem erstaunt, dass es von der CVP kommt, welche christlich und sozial ist.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Für die FDP ist es mit einer Armutsstudie nicht getan. Wie unser Vorredner von der CVP gesagt hat, eine Armutsstudie ist nur ein Grundstock an Daten und verlangt Folgestudien. Auswertungen sind auch nicht kostenlos. Für uns wäre eine direkte Hilfe sinnvoller, zum Beispiel ein runder Tisch, wo man mit den betroffenen Familien diskutieren kann, was es braucht, Nachhilfe, Förderung. Soziale Netzwerke oder Weiterbildung. Es gibt schon genug Studien, es gibt kantonale, städtische und nationale. Eine neue Allschwiler Studie würde keine neuen Erkenntnisse bringen. Wir lehnen die Erstellung der Armutsstudie ab.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wie ich bereits vorhin erklärt habe, werden wir dagegen sein. Er hat uns keine Ersparnisse belegen können. Er hat gesagt, dass es das irgendwie gibt, es könnte vielleicht und überhaupt. Das ist für uns zu wenig grundlegend, damit wir dahinter stehen können. Es erstaunt, wenn man im Bericht sieht, dass man 50 Familien entlassen konnte, aber die Sozialkosten immer noch ins Unermessliche gehen. Es kann nicht sein, dass man jährlich entlässt, aber die Kosten explodieren trotzdem. Wenn man entlässt, dann müssen die Kosten runterkommen, da geht etwas nicht auf. Mit dem Armutsbericht kann man das nicht bekämpfen. Das ist eine Sache, die man gemeindeintern anschauen müsste. Wir können sicher nicht dahinter stehen, wir schliessen uns den Vorrednern an, welche das auch gesagt haben, und überweisen sicher nicht.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: CHF 60'000 kostet eine Armutsstudie. Das ist doch eine Voraussetzung, um die Sozialkosten zu senken. Wir haben CHF 6'000'000 Sozialkosten, wenn wir nichts machen, dann explodieren diese weiter. Wenn wir eine Studie machen, dann haben wir mit CHF 60'000 ein Werkzeug in der Hand, um diese zu senken. Es geht um mehr als um die Sozialkosten. Es geht auch um das Wohlergehen der Menschen, die von Armut betroffen sind. Das ist auch eine soziale Verantwortung, die wir haben. Wir können diese mit der Armutsstudie einlösen. Ich bin überzeugt, dass wir Kosten senken können. Wir haben CHF 80'000'000 Umsatz in der Gemeinde Allschwil, was machen da CHF 60'000 aus. Wir haben ein Freiraumkonzept Allschwil, das ist auch wichtig und nötig. Wenn wir uns das leisten können, dann können wir uns auch eine Armutsstudie leisten. Wir haben ja etwas von der Armutsstudie. Die FDP sagt, dass wir davon nichts haben. Das begreife ich nicht, nachdem wir das hier gehört haben. Ich finde es unglaublich schade, dass die CVP, SVP und FDP dem nicht zustimmen können. Wir haben eine Verbesserung der sozialen Situation von Allschwil und wir haben eine Senkung der Sozialkosten. Was gibt es da für Gründe, dem nicht zuzustimmen?

Roland Naef, parteilos: Bruno hat praktisch alles gesagt. Ich kann auch nur den Kopf schütteln ab diesen Argumenten von meiner Seite. Sparen heisst nicht, nichts mehr ausgeben, sondern sparen heisst, auch weitsichtig zu denken und in die Zukunft zu schauen. Diese Studie kann Allschwil etwas bringen. Wenn wir nicht wollen, dass die Sozialkosten abgehen, dann müssen wir etwas unternehmen. Man kann nicht sagen, dass wir 50 Familien weniger haben. Man muss wissen, weshalb wir weniger haben, oder verschwinden sie irgendwo. Und warum sind es weniger und auf der anderen Seite steigen die Kosten.

Ich bitte alle und vor allem familienfreundliche Parteien und Wirtschaftsparteien über ihren Schatten zu springen und dazu ja zu sagen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich kann mich den Vorredner anschliessen, die gesagt haben, dass es mit dieser Studie nicht gemacht ist, und dass es Folgearbeiten braucht. Ich investiere die CHF 60'000 lieber bei den direkt Betroffenen. Ich schlage vor, dass der Gemeinderat Kontakt aufnimmt mit der Institution Versteckte Armut in Allschwil und dort nachfragt, wo konkret der Schuh drückt. Wenn man das Geld dort investiert, dann fände ich das besser, als in Papier zu investieren.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP-Fraktion sind grundsätzlich für eine Armutsstudie, aber nicht für eine, die CHF 60'000 kostet und nur einmal gemacht wird. Wir haben die Befürchtung, dass sie sehr abstrakt wird und schlussendlich in einer Schublade verschwindet. Wir würden es begrüssen, wenn verwaltungsintern jährlich wiederkehrend die vorhandenen Zahlen und Fälle vertieft analysiert werden, ein Bericht gemacht wird, Massnahmen daraus abgeleitet und Verbesserungsmassnahmen oder Einsparungspotential aufgezeigt werden. Wir sind davon überzeugt, dass auf der Gemeinde genügend Knowhow vorhanden ist, damit so ein wiederkehrender Bericht, der viel mehr bringt, ausgearbeitet werden kann.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ganz nach dem Motto: Hören tu ich schon, aber mir fehlt der Glaube. Herr Mäder konnte nicht konkret sagen, wie er das machen möchte und durch welche Personen. Ist das eine Bachelor-Arbeit, ist das eine Seminararbeit oder wer macht das? Macht er das selber oder wie ist das geregelt? Wenn ich das als universitäre Arbeit sehe, dann sehe ich keine grosse Erfolgsversprechung für einen Nutzen. Die CHF 60'000 könnte man direkt investieren. Bruno Gadola hat vorhin gesagt, dass wir eine Senkung haben. Ich sehe die nirgends und keiner kann Zahlen nennen. Mir fehlt der Glaube daran, dass es so ist. Aus diesem Grund sind wir dagegen. Man konnte uns nicht aufzeigen, wo konkret mit Beispielen, Zahlen und Fakten gespart werden kann. Das finden wir schade und darum bleibt dies schlussendlich ein Papiertiger.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Als erstes Votum heute Abend aus dem Einwohnerrat habe ich gehört, dass die Infos von Herrn Mäder gut waren, und damit kann man das Postulat abschreiben. Niemand hat Herrn Mäder gefragt, wie er die Studie macht, alleine, mit einem Team oder ist es eine Bachelor-Arbeit. Diese Frage wurde von uns nicht gestellt. Ich nehme an, dass dies der Gemeinderat abgeklärt hat. Wenn wir jetzt dies dem Gemeinderat vorwerfen, dann ist das unser Fehler. Eine Armutsstudie ist wie jede andere Studie ein Papier. Das heisst aber nicht, dass dieses Papier nochmals ein Papier braucht. Das Papier braucht keine Folgestudie, sondern ein Folgehändeln, wie beim Finanzplan und bei der Parkraumbewirtschaftung. Es wurde ein runder Tisch erwähnt. Wer soll denn da sitzen? Herr Bulloni als Vertreter der Armut? Ein paar aus der religiösen Elite, sprich ein Pfarrer? Wer meldet sich, der direkt betroffen ist? Ich kenne ein paar Familien, die wirklich Mühe haben, jedes Mal fürs Lager den Betrag zu bezahlen. Dieser Bericht ist nicht der Schlüssel zum Glück, aber er ist ein Schlüsselloch zum Durchschauen. Wir brauchen einen Weg, denn wir möchten ja helfen. Ich bin gespannt auf das Budgetpostulat der FDP, CHF 60'000 für versteckte Armut, das erwarte ich jetzt von euch, ansonsten mache ich es. Man kann nicht sagen, dass der Gemeinderat jedes Jahr CHF 60'000 für diese Organisation geben soll. Da kommt dann schon die Frage, was die damit machen und weshalb kriegen die andern nichts. Die Menschen, die auf der Verwaltung für uns alle arbeiten, haben nicht so viele Freiräume, um das zu machen, was Herr Mäder vorgeschlagen hat. Das ist schlicht nicht möglich, oder wir möchten neue Stellen, wenn wir es inhouse wollen. Die Leute haben die Kapazität nicht, um diesen Aufwand zu machen. Ich appelliere, macht dieses Schlüsselloch auf und schaut den Weg an.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich sehe in dieser Studie einen wertvollen Wegweiser in die richtige Richtung. Jeder Bericht, jede Strategie und jede Massnahmenplanung, welche wir in die Hand nehmen müssen, wenn wir die Armut wirklich bekämpfen möchten, kostet Geld. Ich habe vorhin, wie ich es gewohnt bin, fast wortwörtlich aufgeschrieben, was Herr Mäder gesagt hat. Er hat eine Massnahme an der anderen präsentiert, aber man muss zuhören. Wir haben einen Profi, der uns vorlegt, wie man die Armut bekämpfen kann. Entweder möchte man es oder man verleugnet die Armut oder schweigt sie zu Tode. Aber sie existiert in Allschwil und jetzt haben wir ein geniales Werkzeug dafür.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich habe gehört, dass die FDP die CHF 60'000 irgendwie verteilen möchte. Das ist überhaupt nicht nachhaltig und nicht seriös. Wenn man eine Armutsstudie hat, dann können wir gezielt wirken und gegen die Armut vorgehen. Ich bin überzeugt, dass wir dann einen Gewinn haben. Wir haben einen Gewinn für die soziale Situation in Allschwil und wir haben einen Gewinn mit niedrigeren Sozialkosten. CHF 60'000 zu verteilen, ist ein Witz.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Nur kurz eine mögliche Antwort auf die Frage, weshalb die Kosten explodieren, wenn jedes Jahr 50 Familien aus der Sozialhilfe entlassen werden. Das liegt wahrscheinlich daran, dass viel mehr in die Sozialhilfe reinrutschen. Mit einem Armutsbericht kann man verhindern, dass Familien überhaupt da reinrutschen und so könnte man auch die Kosten eindämmen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich bin etwas erschreckt über die Äusserung von Frau Selinger. Es schweigt niemand die Armut zu Boden oder verleugnet sie. Es ist uns allen bewusst, dass es sie gibt. Es ist dem grössten Teil hier drin im näheren Kollegenkreis auch nicht fremd, dass es dies gibt. Beim Schulhaus haben wir über den Strang geschlagen, da habe ich zwei bis drei Mal gesagt, dass man nicht so hoch gehen soll, weil es Situationen gibt, wo wir wieder Geld für andere Mittel brauchen. Jetzt haben wir das Geld nicht mehr und wir müssen sparen. Uns steht das Wasser mehr als über den Augenbrauen. Damals wollte man keine schlankere Version unterstützen. Und jetzt möchte man schon wieder Geld, und irgendwann muss man bremsen. Ich habe nicht gesagt, dass man die Armut nicht bekämpfen kann, man muss sie bekämpfen. Der HAL Sozialdienste ist gut ausgebildet und hat das Knowhow, um zu schauen, wie man dagegen angehen kann. Dafür brauchen wir nicht Herrn Mäder, welcher sich hier sehr gut präsentiert hat, weil das sein Job ist. Ich bin einfach skeptisch, was er gesagt hat, hatte für mich nichts Griffiges drin, was aufschlussreich war. Wir müssen sparen, uns steht das Wasser an der Kehle. Wir müssen endlich anfangen damit, anders geht es nicht.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich habe mich auch gewundert über gewisse Voten. Wenn man Armut nicht kleinreden möchte, wie es verschiedentlich gesagt wurde, dann müssen wir erheben, was überhaupt Armut ist. Wenn man jetzt sagt, dass nichts Konkretes kam im Referat von Ueli Mäder, dann hat man nicht genau zugehört am Anfang. Er hat klar gesagt, dass es nicht die Definition von Armut gibt, also bis dahin ist er nicht arm und ab da ist er arm. Das ist etwas, das sich auch ändern kann und mit verschiedenen Faktoren zu tun hat. Darum wird man nie eine konkrete Zahl oder einen Prozentsatz nennen können, was man einsparen kann. Wichtig ist, dass wir eine Grundlage haben, weshalb Familien oder Einzelpersonen in die Armut kommen. Nur so können wir probieren allenfalls auch präventiv etwas zu machen. Da kann man sehr wohl auf Stufe der Gemeinde etwas machen. Ein zweiter Punkt ist die Verteilung der CHF 60'000, das ist natürlich mehr als handgestrickt. Da müsste man ja Kriterien haben, weil man nicht nach Gutdünken verteilen kann. Man bekommt sehr schnell Probleme bei der Frage, wer hat auf die CHF 60'000 Anspruch. Dann sind wir sehr schnell bei Pestalozzi, der gesagt hat: Wohltätigkeit ist das Ersaufen des Rechts im Mistloch der Gnade. Über diese Zeiten sind wir hinaus. Abschliessend bitte ich auch weniger buchhalterisch zu argumentieren, sondern politisch. Wenn etwas notwendig ist, dann müssen wir es machen, auch wenn es etwas kostet und wir finanziell knapp sind. Wenn etwas nicht nötig ist, dann machen wir es nicht, auch wenn wir das Geld dafür hätten.

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: CHF 60'000 ist viel Geld. Jetzt im Moment geben wir CHF 6'000'000 für unsere Armut aus. Das ist hundert Mal mehr. Wenn wir mit dieser Studie es schaffen, dass weniger Leute in die Armutszone reinkommen, und wir bewirken etwas mit dieser Studie, dann haben wir schon einen Gewinn gemacht. CHF 60'000 sind wirklich nicht so viel Geld, das können wir uns leisten.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich habe die Befürchtung, dass die Armutsstudie ein theoretisches Papier bleibt. Die Armutsstudie wird weder neue Arbeitsplätze schaffen, die Krankenkassenkosten senken noch die Mietzinskosten. Ich bin überhaupt nicht davon überzeugt, dass eine Armutsstudie dazu beitragen kann, dass die Armut bekämpft wird. Dafür finde ich CHF 60'000 zu viel Geld, zumal die Gemeinde Allschwil finanziell in einer angespannten Lage ist.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Gerade zum letzten Votum, Stephan. Diese Studie soll keine Arbeitsplätze schaffen, ansonsten machen wir es verwaltungsintern, dann müssen wir die Arbeitsplätze haben. Wichtig wäre zu sagen, wo es durchgeht. Wir müssen sparen, auch wer Geld hat, muss sparen.

Wer viel Geld hat, muss noch viel mehr sparen. Ich finde es komisch, wenn man jetzt sagt, dass es wegen dem Schulhaus ist. Ich erinnere mich gut an diese Abstammung, ich habe vor mir ein Ja zum Schulhaus gesehen und ich habe Nein dazu gesagt, dies nur dazu. Wir dürfen nicht das Schulhaus ausspielen zu diesem Thema. Das sind Menschen. Wir können nicht sagen, dass wir sparen müssen, wenn einige unserer Mitmenschen in einem Loch stehen oder kurz bevor. Wir müssen wissen, was diese Löcher sind. Ich hoffe, dass wir unserer Verwaltung eine Chance geben und dem Gemeinderat, hier einen Blick darauf werfen zu können. Glauben Sie an diese Menschen und gebt Ihnen eine Hoffnung, die uns wirklich brauchen.

Roland Naef, parteilos: Es wird wahnsinnig viel geredet. Ich bin zwar zu spät gekommen, aber was Ueli Mäder gesagt hat, war sehr aussagekräftig. Man hat gehört, was er alles machen möchte. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit einer Studie seines Instituts Geld in der Zukunft sparen werden. Er hat nebenbei gesagt, dass man auch Prozesse in der Verwaltung, bei den Leuten, die dies auf der Verwaltung betreuen, anschauen muss. Verwaltungsintern führt zu Betriebsblindheit. Wenn man dies extern richtig anschaut, dann werden wir die CHF 60'000 in kürzester Zeit wieder drin haben. Da bitte ich auch darum, an den Mensch zu denken und nicht ans Parteibuch. Machen wir etwas für die Gemeinde und für die Zukunft, damit wir bei den Sozialkosten sparen können. Sparen heisst nicht, gewisse Sachen nicht zu machen, sondern sparen heisst, dort das Geld einzusetzen, wo es nötig ist und wo man es braucht. Dort, wo man es nicht braucht - da müssen wir dann halt mal ehrlich sein, wo man es nicht braucht - müssen wir das Geld streichen.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich bin auch dafür, dass wir die Armut nicht aus den Augen verlieren dürfen. Das Postulat wurde am 16. Januar 2013 eingereicht. Die Armut besteht eigentlich seit Jahr und Tag. Ich lese seit 25 Jahren etwas über versteckte Armut in Allschwil. Von der EDV her bin ich auch ein bisschen der Ansicht, dass man auf der Gemeinde selber auf eine einfache Art und Weise via Steuererklärungen rausziehen kann, wer sich in den unteren Limiten bewegt. Es braucht keinen betriebswirtschaftlichen Abschluss, damit man hier Massnahmen einleiten kann. Ich bin auch der Ansicht, dass ein solcher Bericht ein Papier ist, welches wir lesen, und welches nicht eigentlich den Tropfen auf dem heissen Stein zu viel Wasser macht. Ich habe Kathrin Gürtler so verstanden, dass sie die Verteilung nicht willkürlich meinte, sondern dass man es auf eine andere Art und Weise machen kann. Ich sehe diese Verteilung ein bisschen anders, die sie erwähnt hat.

Andreas Bammatter, Präsident: Ist eine abschnittsweise Beratung bestritten oder können wir grad zur Abstimmung kommen? Das ist nicht der Fall, wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates. Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, beim Institut für Soziologie der Universität Basel eine Armutsstudie spezifisch für die Gemeinde Allschwil in Auftrag zu geben.

://:

Mit 14 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wird dieser Antrag abgelehnt.

Somit erübrigt sich der zweite Antrag, ich gehe nicht davon aus, dass wir Geld in die Hand nehmen, wenn wir keine Studie machen lassen. Ist da jemand gegenteiliger Meinung? Das ist nicht der Fall.

3. Das Postulat Nr. 4118 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Das Postulat wird mit 22 Ja- und 14 Nein-Stimmen abgeschrieben.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich mache einen Antrag. Der nächste Brocken ist ein grosser Brocken, und den mit einer Pause zu unterbrechen ist unglücklich. Können wir nicht jetzt kurz Pause machen und dann das Traktandum 2 ohne Pause durchziehen?

Andreas Bammatter, Präsident: Das ist ein Antrag. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall.

PAUSE

Andreas Bammatter, Präsident: Bis alle parat sind, kann ich einen kleinen Applaus inszenieren. Wir haben spontan die Pause um eine halbe Stunde vorverschoben. Das gab einen kleinen Stau am Buffet. Die Flexibilität vom Weibel und seiner Ehegattin ist hervorragend. Ich entschuldige mich indirekt und ihr könnt das herausheben mit einem Applaus.

INFO-FENSTER

Christoph Morat, Gemeinderat: Im Infofenster möchte ich Sie auf den Spatenstich des neuen Schulhauses aufmerksam machen. Wie Sie der Presse entnehmen konnten, haben wir eine Medienmitteilung verschickt. Sie wurde von der Presse nicht überall so übernommen. Mit Schrecken haben wir die Zahl von CHF 80'000'000 in der BZ gelesen. Das stimmt natürlich nicht, wir liegen immer noch innerhalb der Kosten, ich kann Ihnen das hier versichern. Nichts desto trotz findet am nächsten Mittwoch über den Mittag der Spatenstich statt, wo die Presse auch herzlich dazu eingeladen ist. Herr Wieland hat mir versprochen, dass er der Sache nachgeht, wie diese Zahl in den Bericht der BZ gerutscht ist. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch etwas sagen zur Baustelleninstallation. Die Baustelleninstallation beginnt bereits am Montag, da werden bereits die ersten Arbeiten getätigt. Diese Woche hat man davon noch abgesehen, weil der Sporttag der Sekundarschulen heute stattgefunden hat, mit Verschiebedatum vom Donnerstag. Es geht am Montag los und es wird während ungefähr 1 bis 1,5 Monaten der Aushub und der Abbruch der Rampe stattfinden. Dies braucht einige Lastwagen. Diese Lastwagen werden von der Binningerstrasse her ins Gelände reinfahren und auf dem Lettenweg das Gelände verlassen in Richtung Fabrikstrasse. Es geht also nicht in Richtung der Schulhäuser sondern auf die andere Seite. Das wird Beeinträchtigungen geben, aber Ende der Sommerferien sollte der grösste Teil des Aushubs weg sein. Falls Sie mal angesprochen werden, dann haben Sie eine Ahnung, wie man das mit dem Planer und den ausführenden Baufirmen angedacht hat.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 26.03.2014, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 20.05.2014, betreffend der Jahresrechnung 2013
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4172 / A

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich habe heute die Ehre, Ihnen die Rechnung 2013 vorzustellen. Neben mir sitzt Herr Rieder, er stand bis Ende Mai interimistisch der Finanzabteilung vor und hat die vorliegende Rechnung ausgearbeitet. Seit dem 1. Juni ist Herr Joseph Hammel unser neuer Finanzchef. Er sitzt heute im Publikum, ich möchte ihn heute speziell begrüßen. Die Präsentation basiert auf dem Bericht des Gemeinderates. Diagramme und Tabellen sind zugunsten der Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit mit der gedruckten Version weitgehend identisch. Vergleiche beziehen sich fast immer auf das Budget 2013, manchmal auch auf die Rechnung 2012 oder die Jahre davor. Die Jahresrechnung 2013 kann mit den aufgeführten Stichworten zusammengefasst werden. Wir haben ein Defizit von CHF 750'000, was gegenüber dem Voranschlag von Minus CHF 1'300'000 um CHF 550'000 besser ist. Trotz hoher Unterstützungsleistung an private Haushalte von netto CHF 1'800'000 konnte dank Einsparungen und höheren Steuererträgen von CHF 1'000'000 ein besseres Ergebnis erzielt werden. Das Eigenkapital hat sich um den Defizitbetrag von CHF 750'000 auf CHF 12'700'000 reduziert. Das Nettovermögen hat auf CHF 5'800'000 abgenommen. Die

Abwasserbeseitigung schliesst mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 180'000 ab, die anderen Spezialfinanzierungen erzielen Mehrerträge. Die Nettoinvestitionen liegen mit CHF 7'700'000 um rund CHF 1'700'000 unter dem Budget von CHF 9'400'000. Die Ergebnisübersicht finden Sie in der Jahresrechnung auf Seite 3. Die gelb markierten Spalten sind die Rechnung 2013. Der Gesamtertrag 2013 fällt mit CHF 82'500'000 rund CHF 2'800'000 höher aus als budgetiert. Der Gesamtaufwand 2013 ist um CHF 2'300'000 höher vor allem wegen höheren Unterstützungsleistungen. Wie im 2012 gibt es keine Verzerrungen wegen Verkaufsgewinnen, Einlagen in Vorfinanzierungen oder ausserordentlichen Abschreibungen. Unter dem Strich resultiert eine Abweichung von plus CHF 560'000 vom Budget 2013 zur Rechnung 2013.

Wir kommen zur betriebswirtschaftlichen Darstellung. Diese Tabelle finden Sie in der Jahresrechnung auf Seite 5. Sie zeigt den Vergleich vom ausgewiesenen Ergebnis zum betriebswirtschaftlichen Ergebnis unter Ausweis von einmaligen betriebsneutralen periodenfremden Effekten und finanzpolitischen Effekten wie zusätzliche Abschreibungen und Vorfinanzierungen. Es ist aus der Tabelle klar ersichtlich, dass das betriebswirtschaftliche respektive das operative Ergebnis im 2013 gegenüber den letzten drei Rechnungsjahren deutlich tiefer liegt. Bereits das Jahr 2012 war deutlich schwächer. Wie aufgrund des Budgets anzunehmen war, wurde auch das Jahr 2013 nochmals schwächer. Die weiter gestiegenen Kosten im Bildungsbereich, wo wir eine Zunahme von CHF 1'000'000 gegenüber dem 2012 hatten, sowie bei der sozialen Wohlfahrt, wo die Zunahme CHF 1'300'000 beträgt, und im Gesundheitswesen haben wir eine Zunahme von CHF 300'000. Dies hat zu diesem Ergebnis geführt. Die Abweichungen im Detail auf den nächsten Folien.

Hier sehen wir die wichtigsten Abweichungen zum Budget 2013 auf der Aufwandsseite, Jahresrechnung Seite 7. Wir haben hier die Minderaufwände. Beim Personalaufwand haben wir gesamthaft einen Minderaufwand von CHF 140'000. Dies obwohl bei den Lehrerlöhnen ein Mehraufwand von CHF 432'000 resultierte, dafür liegen die Löhne von der Verwaltung um CHF 200'000 tiefer unter dem Budget. Ebenso tiefer sind die Sozialversicherungsabgaben, nämlich um CHF 372'000. Beim Sachaufwand haben wir einen Minderaufwand von CHF 557'000 und bei den Abschreibungen von CHF 245'000. Mehraufwände sind Entschädigungen an Gemeinwesen, davon sind Abwassergebühren an den Kanton CHF 198'000 und Mehraufwand KESB CHF 125'000. Bei den eigenen Beiträgen haben wir ein Total von CHF 2'961'000, vor allem die Unterstützungsleistungen an Private von plus CHF 3'111'000, aber auch die Pflegefinanzierung hat einen Mehraufwand von CHF 278'000. Dafür sind wir beim Finanzausgleich ein bisschen tiefer, nämlich um CHF 354'000.

Wir kommen zur Ertragsseite. Bei den Steuern gibt es gesamthaft einen Mehrertrag von CHF 1'080'000. Dies setzt sich zusammen aus den Mehrerträgen der natürlichen Personen inklusive der Quellensteuer von plus CHF 1'762'000 und einem Minderertrag bei den juristischen Personen von CHF 682'000. Wir haben die Vermögenserträge, das sind Verzugszinsen Steuern, Veräusserung Finanzvermögen, CHF 217'000. Entgelte sind CHF 782'000, alleine die Rückstellung von Privaten an die Sozialhilfe machen CHF 694'000 aus. Wir haben noch Rückerstattungen vom Gemeinwesen, CHF 594'000. Das sind vor allem Rückerstattungen von den Sozialhilfeempfängern an die Sozialhilfe.

Wir kommen zu den Saldi von den Aufgabenbereichen, Jahresrechnung Seite 9. Die letzte Spalte zeigt den Vergleich von Rechnungs- und Budgetsaldo. Negative Abweichungen sind die Überschreitungen in der sozialen Wohlfahrt, resultierend aus der markant angestiegenen Sozialhilfequote. Bei der Bildung waren die Personalkosten höher wegen Stellvertretungen aufgrund von Krankheits- und Unfallausfällen oder Mutterschaft. Abgesehen davon konnten überall Einsparungen respektive Mehrerträge erzielt werden. Hier ist die Aufwandsseite grafisch dargestellt. Sowohl der Bereich Bildung wie auch der Bereich soziale Wohlfahrt sind gleich hoch wie im Vorjahr, jeweils bei 24%. Zusammen verursachen diese beiden Bereiche 48% des Aufwands. Alle übrigen Bereiche haben keine Abweichungen oder nur plus/minus 1%. Hier ist die Ertragsseite grafisch dargestellt. Die Steuern sind grün, die Gebühren der Spezialfinanzierungen hellblau. Sie finanzieren die laufende Rechnung zusammen zu 85%, auch im Vorjahr waren es 85%, sie bilden somit den Hauptteil. Die Grafik zeigt die Entwicklung der Steuererträge. In der Jahresrechnung ist es als Tabelle dargestellt, Seite 11. Im 2013 konnte das Rekordjahr von 2012 praktisch egalisiert werden. Hier sehen wir die langjährige Entwicklung von Aufwand (blau) und Ertrag (gelb). Die Ergebnisse der laufenden Rechnung sind mit roten Linien dargestellt. Hier sehen wir die grafische Darstellung von den Investitionen nach Aufgabenbereichen. Bei der Jahresrechnung, Seite 12, ist eine Tabelle mit der gleichen Aussage.

Die Nettoinvestitionen unterschreiten das Budget um CHF 1'700'000. Der Bereich Kultur und Freizeit ist negativ, weil dort die Einnahmen von CHF 3'000'000 aus dem Quartierplan Langmatten II zugunsten der neuen Sportanlagen verbucht wurden. Im Bereich Bildung wurden die grössten Investitionen getätigt, unter anderem Landerwerb Hegenheimermattweg 66, Kindergarten Ziegelei, Doppeltageskindergarten, Schulhaus Gartenhof.

Auf dieser Tabelle sehen wir auf der zweituntersten Zeile die Entwicklung der Nettoschuld von CHF 25'000'000 im 2007 zu einem Nettovermögen von CHF 5'775'000 Ende 2013. Aufgrund des Finanzierungsfehlbetrags respektive dem Selbstfinanzierungsgrad von nur 44% hat das Nettovermögen

pro Einwohner von CHF 497 im 2012 auf CHF 284 abgenommen. Nach konstantem Aufbau von Nettovermögen über die letzten Jahre hat im 2013 aufgrund der hohen Investitionen die Trendwende begonnen. Dieses Diagramm ist in der Jahresrechnung nicht enthalten. Durch den Verlust von CHF 750'000 hat das Eigenkapital nach konstantem Aufbau erstmals wieder leicht abgenommen. Es beträgt Ende 2013 CHF 12'700'000. Der finanzstrategische Zielwert von CHF 6'000'000 wird weiterhin klar überschritten. Im Hinblick auf die gemäss Finanzplan erwarteten Defizite in den nächsten Jahren ist ein entsprechendes Eigenkapitalpolster sehr wichtig.

Die Spezialfinanzierung Wasser, Jahresrechnung Seite 13. Erneut ein sehr erfreuliches Ergebnis zeigt die Wasserversorgung. Das Eigenkapital wird auf CHF 2'400'000 erhöht. Die finanzielle Sanierung der Wasserversorgung, der Aufbau von einem gesunden Finanzhaushalt mit einer angemessenen Eigenkapitaldeckung, ist auf gutem Wege. Dem Eigenkapital von CHF 2'400'000 stehen Aktiven von CHF 4'300'000 gegenüber. Somit mussten Investitionen in der Höhe von CHF 1'900'000 durch die Einwohnerkasse in der Vergangenheit vorfinanziert werden.

Die Nettoinvestitionen 2013 sind CHF 700'000. Sie liegen um rund CHF 200'000 unter dem Budget wegen Verschiebungen bei den Investitionen im Strassenbau sowie wegen den höher als budgetierten Anschlussbeiträgen.

Die Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung. Ursache für die Budgetabweichung sind hauptsächlich die um CHF 200'000 höher als budgetierten Kantonsgebühren, sowie die etwas tiefer als budgetierten angefallenen Zinserträge. Das Eigenkapital der Spezialfinanzierung Abwasser reduziert sich um diesen Aufwandsüberschuss auf neu CHF 7'000'000. Die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung. Das Ergebnis ist um CHF 120'000 besser ausgefallen als erwartet. Gegenüber dem Budget sind vor allem CHF 120'000 tiefere Kosten für Abfuhr und Verwertung von den verschiedenen Abfällen verantwortlich. Investitionen wurden im 2013 wie geplant keine durchgeführt.

Wir kommen zur Zielerreichung. Die Jahresrechnung 2013 schliesst um CHF 600'000 besser ab als budgetiert, weist aber mit minus CHF 700'000 seit sechs positiven Jahren erstmals wieder ein Defizit aus. Das Ziel aus dem Budget 2013 wurde erreicht, aber durch das Defizit und die grossen Investitionstätigkeiten wurden die übergeordneten Ziele natürlich nicht alle erreicht. Die wichtigsten übergeordneten Ziele, welche nicht erreicht wurden, lauten erstens, eine mindestens ausgeglichene laufende Rechnung, zweitens, ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100%, drittens, der Nettoaufwand wächst maximal im Rahmen der Teuerung. Die wichtigsten übergeordneten Mittel und langfristigen Ziele, die erreicht wurden: Erstens, der Eigenkapitalaufbau bis 2014 von CHF 6'000'000, ein Steuerfuss von maximal 58%, die Nettoschuld pro Einwohner unter CHF 1750, Investitionen erfolgen gezielt aufgrund von einheitlicher Priorisierung.

Fazit und Konsequenzen. Das Ergebnis ist um CHF 600'000 besser als der Voranschlag, aber CHF 3'000'000 unter dem Vorjahr. Gebundene Kosten sind in der sozialen Wohlfahrt um CHF 1'300'000 und im Bildungsbereich um CHF 1'000'000 angestiegen. Mittel- und langfristige Schulden wurden um CHF 16'000'000 erhöht, liquide Mittel sind mit CHF 33'900'000 per Ende Jahr hoch, werden aber für die anstehenden Investitionsaufgaben benötigt. Kostenbewusstsein und Kostenkontrolle sind in der Verwaltung gut verankert und werden gelebt. Das Eigenkapital beträgt per 31.12.2013 CHF 12'700'000. Das gibt eine Eigenkapitalquote von 14% vom steuerfinanzierten Bereich. Aufgrund des sich abzeichnenden anwachsenden finanziellen Defizits stehen grosse Herausforderungen an. Neben der bereits lancierten generellen Leistungsprüfung sind noch folgende Massnahmen nötig. Die Beibehaltung der Ausgabendisziplin beim Sachaufwand, keine wesentlichen neuen gebundenen Aufwände, permanente Überprüfung von möglichen Einsparungen und Optimierungen bei Personalmutationen. Investitionen nur gezielt und aufgrund von einheitlicher Priorisierung. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

René Imhof, FIREKO-Präsident: An der Sitzung der Fireko vom 8. April wurde von Gemeinderat Franz Vogt und vom Hauptabteilungsleiter ad Interim Philipp Rieder die Rechnung präsentiert und erläutert. Gleichzeitig unterbreitet die BDP der Fireko anlässlich der Sitzung vom 8. April das Ergebnis. Im Anschluss daran wurde die Rechnung von den jeweiligen Subkommissionen der Fireko am 14. April, am 15. April und am 28. April stichprobenartig auf Einzelfragen überprüft. Die bei dieser Überprüfung aufgetauchten Fragen hat der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit Herrn Rieder beantwortet. Die Rechnung 2013 schliesst mit einem Defizit von CHF 745'000 ab, womit im Vergleich zu den Überschüssen der letzten Jahren seit dem Jahr 2006 leider eine Trendwende eingetreten ist. Das Defizit ist zwar tiefer ausgefallen als das budgetierte Defizit von CHF 1'302'000, aber doch als Defizit vorhanden. Als Gründe für das eingetretene Defizit lassen sich die gestiegenen Bildungskosten, plus CHF 1'00'000, die gestiegenen Kosten bei der sozialen Wohlfahrt, plus CHF 1'300'000, plus die sinkenden Steuererträge der juristischen Personen, minus CHF 1'700'000, heranziehen. Auf der anderen Seite sind die Steuererträge bei den natürlichen Personen deutlich angestiegen, nämlich um plus CHF 2'700'000. Der Selbstfinanzierungsgrad erreicht im Jahr 2013 einen Wert von 45%, womit nur knapp die Hälfte der Nettoinvestitionen von CHF 7'700'000 von der Gemeinde selbst erwirtschaftet werden können. Der

Differenzbetrag von CHF 4'200'000 muss demzufolge mittels der Neuverschuldung finanziert werden. Die Revision der Rechnung 2013 durch die BDP hat ergeben, dass die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften und reglementarischen Bestimmungen entspricht. Die BDP kommt in ihrem Prüfungsbericht vom 1. April zum Schluss, dass die aktuelle finanzielle Situation von der Einwohnergemeinde Allschwil als stabil bezeichnet werden kann, damit kann die Rechnung 2013 nach Ansicht der Fireko genehmigt werden.

Bemerkungen. Auch wenn die Rechnung 2013 genehmigt werden kann, erlaubt sich die Fireko den Hinweis, dass sich das betriebswirtschaftliche bzw. effektive Rechnungsergebnis seit dem Jahr 2009 praktisch kontinuierlich verschlechtert hat. Während vor vier Jahren noch ein Ertragsüberschuss von CHF 11'000'000 verzeichnet wurde, erreicht das betriebswirtschaftliche bzw. effektive Defizit im Jahr 2013 bereits einen Betrag von CHF 1'700'000. In den kommenden Jahren ist ohne Berücksichtigung der Buchgewinne gemäss Budget und Finanzplan sogar mit einem strukturellen Defizit von mehr als CHF 8'000'000 zu rechnen, womit die ernstzunehmende Gefahr besteht, dass die Finanzen der Gemeinde Allschwil in eine Schieflage geraten. Selbst bei der Umsetzung des aktuellen Sparpakets und nach erfolgter Annahme der Pensionskassenvorlage verbleibt immer noch ein strukturelles Defizit von nicht weniger als CHF 6'000'000. Diese Trendwende von den schwarzen in die tiefroten Zahlen verdeutlicht auch die Grafik, welche wir hinten sehen. Gemäss des aktuellen Finanzplanes wird die Nettoverschuldung der Einwohnergemeinde Allschwil als Folge der hohen Investitionen und des strukturellen Defizits bis im Jahr 2018 auf insgesamt CHF 83'000'000 ansteigen. Ohne Behebung des strukturellen Defizits wird die Verschuldung auch nach dem Jahr 2018 weiter ansteigen, womit die Gefahr einer ernstzunehmenden Überschuldung besteht. Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission ist über die sich abzeichnende düstere Prognose sehr besorgt, zumal das strukturelle Defizit trotz guter Konjunkturlage und historisch tiefen Zinsen entstanden ist. Sollte sich die Konjunktur abschwächen und die Zinsen steigen, dann drohen die Finanzen der Einwohnergemeinde gänzlich aus dem Ruder zu laufen. Bei dieser Ausgangslage kann die Fireko es nur schwer nachvollziehen, dass die flüssigen Mittel von der Gemeinde Allschwil im Jahr 2013 mittels entsprechender Kreditaufnahme trotz fehlender unmittelbarer Notwendigkeit auf insgesamt CHF 34'000'000 aufgestockt worden sind, und damit ein unnötiger Zinsaufwand von mehreren hunderttausend Franken in Kauf genommen wird. Im Bericht vom 14. November zum Finanzplan 2014 bis 2018, hat die Fireko vom Gemeinderat bis Ende Mai einen Sanierungsplan zur Beseitigung des strukturellen Defizits erwartet. Der Gemeinderat hat innert Frist einen Bericht zur generellen Leistungsüberprüfung vorgelegt, was nur Entlastungen von rund CHF 1'000'000 mit sich bringt, und dennoch nicht in der Lage sein wird das zu erwartende strukturelle Defizit von CHF 8'000'000 nachhaltig zu bekämpfen. Die Fireko lädt den Gemeinderat ein, bis zum nächsten Budget einen Sanierungsplan mit einem ausgeglichenen Ergebnis bis zum Jahr 2018, einen Finanzplan mit einem Zehnjahres-Horizont betreffend der Schuldenhöhe und eine jährliche Soll/Ist-Analyse bezüglich der Umsetzung des Sanierungsplan vorzulegen.

Unsere Empfehlung an den Einwohnerrat: Alles in Allem kann der Gemeinde Allschwil in Anlehnung an den bereits erwähnten Revisionsbericht der BDP bis zum 1. April trotz den obigen Bemerkungen eine saubere ordnungsgemässe Buchführung attestiert werden. Die Fireko empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, den Antrag des Gemeinderates um Genehmigung der Jahresrechnung 2013 zuzustimmen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich es nicht unterlassen, den Mitgliedern der Fireko für die genaue und sehr kompetente Arbeit zu danken. Das sind Barbara Selinger EVP, Rahel Balsiger FDP, Stephan Wolf CVP, Bruno Gadola SP, Niklaus Morat SP und Jérôme Mollat GLP.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP zeigen uns auch sehr besorgt über diese Trendwende zu den roten teilweise tiefroten Zahlen, welche uns drohen. Darum werden wir weiterhin den Gemeinderat bei seinen Bemühungen unterstützen, Geld einzusparen und das Defizit zu bekämpfen. Es besorgt uns besonders, dass wir das drohende Defizit wahrscheinlich auch bekämpfen müssen, indem wir Grünflächen verkaufen werden. Wir möchten dem entgegenwirken so weit wie möglich. Wir sind sehr daran interessiert, dass wir bis Ende Jahr mit dem Budget 2015 wissen, wie der Gemeinderat gedenkt, das sich abzeichnende strukturelle Defizit bekämpfen möchte, damit wir wissen, woran wir sind.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Danke Jérôme für das tolle Votum, das ich nur unterstützen kann. Ich möchte im Namen unserer ganzen Fraktion allen danke sagen, welche an diesem grossen Werk mitgearbeitet haben. Die Zahlenfülle ist enorm. Unsere Fraktion stimmt mit der Fireko bezüglich des Inhalts ihres Berichts überein. Wir begrüßen die Art und Weise, wie sie wiederholt und mit Nachdruck immer wieder die Dringlichkeit der Behebung des strukturellen Defizits anspricht und auf die Gefahren der übermässigen Kreditaufnahmen hinweist. Es beruhigt uns zu wissen, wie das die Fireko macht und dass die Fireko bemüht ist, dass alles versucht wird, unseren Gemeindehaushalt zu sanieren und den Gemeinderat dabei unterstützt. Wir sind mit der Fireko einig mit allen Empfehlungen, die sie ausspricht.

Wir sind auch dafür diesen Rechnungsabschluss zu genehmigen. Ich habe noch ein PS geschrieben. Wir werden uns am Sanierungsplan der Haushaltskasse engagieren, es werden noch Vorstösse folgen später.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Der Fireko-Bericht war innerhalb der Kommission einstimmig. Wir werden auch von der SP-Fraktion selbstverständlich die Jahresrechnung genehmigen. Der Bericht und die Rechnung selber machen deutlich, dass unsere Finanzlage nicht optimal ist. Es wird jetzt versucht einzusparen. Wahrscheinlich nicht zuletzt um zu verhindern, dass wir die Einnahmen erhöhen müssen. Seit der letzten ER-Sitzung im Mai wissen wir, dass die Steuererhöhung nicht mehr Ultima Ratio ist. Dort wurde gesagt, Ultima Ratio ist bei den Personalkosten zu sparen. Man hat es dann trotzdem gemacht, zumindest teilweise. Eine Steuererhöhung ist meines Erachtens nicht der Untergang des Abendlandes. Steuererhöhungen sind nichts, für das man nichts dafür erhält. Der Steuerzahler erhält etwas dafür. Steuererhöhungen sind nichts, worüber wir nicht in der nächsten Budgetdebatte sprechen können. Dann wird es endlich Zeit. Wenn wir dann schon an diesem unsäglichen Steuerwettbewerb teilnehmen möchten, dann sollten wir keine Angst haben, wenn wir mal kurzfristig in Rückstand geraten.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Uns freut es, dass das Defizit weniger hoch ausgefallen ist als budgetiert. Trotzdem legen wir weiterhin Wert darauf, dass die Kosten kontrolliert und reduziert werden, dort wo nötig und verträglich. Wir warten gespannt auf die Fortsetzung der generellen Leistungsüberprüfung, vor allem die Themen in Gruppe C. Es gefällt uns weniger, dass der Aufwand höher war als budgetiert. Das haben wir nicht gern gesehen. Wir haben noch das Anliegen der Fireko aufgenommen, dass wir Interesse haben, dass der Zehnjahres-Horizont erstellt wird mit der Schuldenhöhe, mit der jährlichen Soll/Ist-Analyse und mit dem integrierten Sanierungsplan, sodass wir Parlamentarier uns dies besser vorstellen können oder mit einem weiteren Horizont nachvollziehen und planen können. In diesem Sinne genehmigt unsere Fraktion die Rechnung 2013.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Auch wir von der CVP-Fraktion werden dieser Rechnung zustimmen und dementsprechend beantragen wir das auch. Wir müssen im Hinterkopf behalten, dass wir für die Zukunft unglaubliche Finanzdisziplin benötigen, da müssen wir das Augenmerk darauf behalten.

Andreas Bammatter, Präsident: Der 1. Vizepräsident wird schauen, ob es Wortmeldungen gibt und die 2. Vizepräsidentin führt seitenweise und abschnittsweise durch die laufende Rechnung.

Pascale Uccella-Klauser, 2. Vizepräsidentin:

Laufende Rechnung

0 Allgemeine Verwaltung

1 Öffentliche Sicherheit

2 Bildung

Roland Naef, parteilos: Eine kurze Verständnisfrage auf Seite 28, bei den Löhnen der Lehrkräfte und bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Die Löhne sind CHF 80'000 tiefer, aber die Sozialleistungen 180'000. Das gleiche passiert auf der nächsten Seite, auch bei den Lehrern. Dort haben wir CHF 555'000 Mehrausgaben, aber nur 16'000 mehr bei den Sozialleistungen. Ist es bei den Sozialleistungen nicht möglich im Verhältnis zu budgetieren oder liegt das an den budgetierten Einkäufen?

Philipp Rieder, Hauptabteilungsleiter Finanzen ad interim: Das liegt an der Pensionskasse. Bei der Erstellung des Budgets sind wir davon ausgegangen, dass die PK-Reform nur noch die alte Pensionierungsregelung bis 2013 ermöglicht. Nachdem dies verlängert wurde, sind weniger vorzeitige Pensionierungen angefallen, als gedacht wurde.

Pascale Uccella-Klauser, 2. Vizepräsidentin:

3 Kultur und Freizeit

4 Gesundheit

5 Soziale Wohlfahrt

Armin Bieri, SP-Fraktion: Ich habe hier eine kurze Verständigungsfrage bei Position 589-364, Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, CHF 129'130. Auf Seite 98 ist schön aufgelistet, wer dies erhält. Dort steht der Seniorendienst Allschwil mit CHF 75'000. Ich frage mich, weshalb nochmals die Vernissage Seniorendienst aufgeführt ist mit zwar nur CHF 1230. Wieso müssen das zwei Positionen sein?

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich habe die Frage nicht ganz verstanden.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Weshalb wird dies nicht unter einer Position aufgeführt.

Arnold Julier, Gemeinderat: Es gibt einen Mitgliederschwund. Die Leute werden älter und es kommen keine Jungen nach. Deshalb haben wir eine Aktion gemacht, um Leute anzusprechen, damit sie sich zur Verfügung stellen. Es war erfolgreich, wir haben zehn neue Leute bekommen. Es gab dann eine spezielle Vernissage von den Angeboten. Das waren grosse Plakate, wo drauf stand, was der Seniorendienst alles macht. Diese haben eine Vernissage gemacht mit einem Apéro, diese Kosten sind dort drin. Diese Kosten haben wir übernommen, weil der Seniorendienst finanziell nicht auf Rosen gebettet ist, wie die Gemeinde auch.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Ja, das ist gut. Ich habe mich nur gefragt, weshalb dies nicht als eine Position aufgeführt ist.

Arnold Julier, Gemeinderat: Die CHF 75'000 sind gemäss Leistungsvereinbarung, deswegen ist die Position separat.

Roland Naef, parteilos: Bei den Sozialleistungen, Sozialhilfe ist offensichtlich die grösste Abweichung gemäss Budget von allen Positionen. Sind diese CHF 3'000'000 nur, weil man dies ausgeben muss, oder macht man sich, nachdem wir Traktandum 1 überlegt haben, wirklich Gedanken, wie man dies eindämmen kann? Es kann nicht sein, dass es CHF 3'000'000 Abweichung gibt innerhalb eines knappen Jahres.

Arnold Julier, Gemeinderat: Wir haben ganz klare Vorgaben, wie viel man bezahlen muss bei der Sozialhilfe. Beim Budgetieren wird dies sehr defensiv gemacht, das heisst, dass es dann oft ein bisschen mehr gibt. Es entwickelt sich und wir kennen die Entwicklung des nächsten Jahres noch nicht, das macht es schwierig zum Budgetieren. Aber wir können das nächste Mal mehr budgetieren, dann gibt es weniger Differenz. Es kostet aber am Schluss gleichviel.

Franz Vogt, Gemeinderat: Die Abweichung von CHF 3'100'000 ist zum Budget 2013. Die Abweichung zur Rechnung 2012 ist CHF 1'100'000. Es gibt praktisch keine Abweichung zur Rechnung 2012. Aber zum Budget 2013 sind es CHF 3'000'000.

Pascale Uccella-Klauser, 2. Vizepräsidentin:

6 Verkehr

Roland Naef, parteilos: Ich habe bei den Erläuterungen gelesen, dass bei den Dienstleistungen und Honorare ein Honorar drin ist für eine Detailausarbeitung des Parkraumkonzepts. Da interessiert es mich, wann wir das Parkraumkonzept vorgestellt erhalten und wann wir darüber befinden können.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Auch wenn der Eindruck erweckt wird, als möchten wir diese Information geheimhalten, dies ist nicht so. Der Gemeinderat hat das Geschäft verabschiedet, vom Büro Einwohnerrat wurde es jetzt an die Reglementscommission überwiesen. Sie erinnern sich daran, dass die vorberatende Kommission bereits die fachliche Beratung gemacht hat. Jetzt geht es in die Reglementscommission, um das Reglement als solches zu prüfen. Das Ziel ist, dass es September/Oktober im Einwohnerrat ist, wir sind also im Endspurt.

Pascale Uccella-Klauser, 2. Vizepräsidentin:

7 Umwelt und Raumplanung

700 Wasserversorgung

710 Abwasserbeseitigung

720 Abfallbeseitigung

8 Volkswirtschaft

9 Finanzen und Steuern

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich habe eine Frage zu den Fremdkapital/Passivzinsen, Seite 54, rund CHF 600'000. Die Finanzkommission moniert das fünfte Mal in Folge wie ein einsamer Rufer in der Wüste, dass wir unnötige Schulden aufnehmen bei Banken, was dazu führt, dass wir jährlich unnötige Zinsen haben von CHF 400'000 bis CHF 500'000 geschätzt. Das sind nichts anderes als Geldgeschenke an die Bank. Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, damit wir in Zukunft solche unnötige Ausgaben nicht mehr haben? Da könnten wir viel Geld einsparen.

Franz Vogt, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist immer bestrebt, möglichst wenig Zinsen zu bezahlen. Manchmal ist es nicht ganz so einfach, den Finanzbedarf abzuschätzen. Es kann auch sein, dass man sich überschätzt. Ich gebe für die genaueren Details Philipp Rieder das Wort.

Philipp Rieder, Hauptabteilungsleiter Finanzen ad interim: Ich habe diese Frage bereits beantwortet zuhause der Fireko. Wir hatten im September letzten Jahres die Situation, dass wir liquide Mittel von CHF 1'000'000 bis CHF 2'00'000 auf dem Postkonto hatten, wir hatten noch Reserven von CHF 10'000'000 auf dem E-Depositokonto. Das wollten wir behalten als eiserne Reserve. Wir hatten noch Darlehen zum Zurückzahlen. Wir haben eine Liquiditätsplanung gemacht und es fehlten rund CHF 12'000'000. Aufgrund dessen haben wir gesagt, dass wir Geld brauchen. Wir wissen, dass die Schulhausinvestitionen anstehen. Der Spatenstich ist nächste Woche. Die Rechnungen der Bauunternehmungen kommen rein. Wir haben uns entschlossen, zwei Mal CHF 10'000'000 aufzunehmen zu unterschiedlichen Laufzeiten, unter anderem auch deshalb, weil die Amerikanische Nationalbank im Sommer gesagt hat, dass sie dafür sorgen werden, dass die Zinsen wieder ansteigen. Dass sie eine Woche, nachdem wir gesagt haben, dass die Zinsen steigend sind und wir das Geld geholt haben, wieder zurückgekrebst sind, war so nicht nachvollziehbar im Finanzmarkt. Wir hatten Steuereinnahmen im Oktober und November, welche so hoch waren wie noch nie. Wir haben CHF 10'000'000 mehr Cash erhalten als im Jahr zuvor. Wir hatten weniger Investitionsausgaben als geplant und so waren wir plötzlich auf CHF 13'000'000 bis CHF 14'000'000 innerhalb von vier Monaten, anders als geplant. Das war nicht unbedingt das, was wir wollten. Wenn wir gewusst hätten, dass es so rauskommt, dann hätten wir bestimmt darauf verzichtet und nicht so viel Geld aufgenommen. Auch wir wissen, dass man Zinsen bezahlt und wir möchten nicht unnötig Geld zum Fenster rauswerfen zugunsten der Finanzinstitute. Zum Zeitpunkt im September, als wir beschlossen haben das Geld aufzunehmen, brauchten wir das Geld im Hinblick auf die Ausgaben.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Danke für die ausführlichen Darlegungen. Ich frage mich, wie man in Zukunft schaut, damit man es besser machen kann. Wie es in der Vergangenheit war, wusste ich.

Roland Naef, parteilos: Hat man sich auch überlegt, mit Hypothekarzinsen zu arbeiten, um flüssiges Geld zu erhalten? Ich denke an das zukünftige Schulhaus mit Baukreditzinsen oder die laufenden Liegenschaften, die laufend mit Abschreibungen versorgt werden, und dann einen günstigen Hypothekarzins hätten.

Philipp Rieder, Hauptabteilungsleiter Finanzen ad interim: Wir können keine Hypothekar-Darlehen aufnehmen. Wir erhalten die gleichen respektive besseren Zinsen als bei einer Hypothek, da wir als öffentliche Hand eine gute Schuldnerqualität haben. Was die Finanzinstitute interessiert, ist, wie hoch unsere Verschuldung, wie hoch der Selbstfinanzierungsgrad und wie hoch die Nettoschuld pro Einwohner ist. Auf der Basis dessen erhalten wir einen Zinssatz, der normalerweise günstiger ist als bei einer Hypothek. Wir werden genau gleich vorgehen in Zukunft wie in der Vergangenheit. Wir haben die Liquiditätsplanung. Wir schauen, wie es aussieht und wann die grossen Investitionen für das Schulhaus kommen. Wir wissen jetzt, dass wir CHF 20'000'000 Ende Dezember für die Pensionskasse bezahlen müssen. Das sind Faktoren, die reinfließen. Wir schauen den Finanzmarkt an, was die Zinsen machen. Ist es besser, sich kurzfristig oder langfristig zu verschulden. Der Ansatz, den wir in der Gemeinde haben werden, wir der gleiche sein wie in den letzten Jahren, mit dem Risiko, dass wir mal falsch liegen. Zuviel Geld aufnehmen, als wir benötigen, wird sich plus/minus wieder einpendeln.

Dieter Pfister, Gemeindeverwalter: In der nächsten Zeit wird es so sein, dass wir die Liquiditätsreserven auf einen eisernen Bestand runterfahren werden, weil wir gar keine anderen Möglichkeiten haben aufgrund der hohen Investitionen. Dann muss man entscheiden, auf welche Zeitdauer und in welchen Tranchen neue Investitionen, vor allem das Schulhaus, finanziert werden können. Es kommt auch noch die Ausfinanzierung der PK, das wird mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht als Forderung eingebucht, respektive als Schuld gegenüber der BLPK ausgewiesen, sondern einmalig ausfinanziert. Dort macht es Sinn, wenn wir das möglichst mit langfristigen Festdarlehen abdecken, damit man allfälligen Zinsschwankungen nicht unnötig unterliegt. Wenn Sie auf Seite 90 der Rechnung schauen, dann sehen Sie das Verzeichnis der mittel- und langfristigen Schulden. Sie sehen unten die zwei letzten Positionen, wo der strategische Gedanke dokumentiert wird, dass man das Darlehen von CHF 10'000'000 bis 2023 abgeschlossen hat zu 1,8%. Sie können jetzt selber beurteilen, das ist ein langfristiger Zinssatz im Sinne einer Bundesobligation. Da hat man sich langfristig Geld zugesichert, und das Zinsschwankungsrisiko zu einem gewissen Teil schon ausgeschlossen. Die zweite ist noch länger, bis 2027, und wurde mit knapp 2% abgeschlossen. Das liegt leicht über dem aktuellen Durchschnitt, wenn Sie die Darlehen anschauen, welche im 2007 und 2008 finanziert wurden. Da war auch keine Hochzinspolitik, sondern der Knick hat stattgefunden, danach sind die Zinsen massiv gefallen. Sie sind nach wie vor tief. Es wird in nächster Zeit ein strategischer Entscheid des Gemeinderates gefällt, wie man sich auf die nächsten zehn Jahre neu finanziert. Wir werden in den nächsten zehn Jahren, wie dies aus im Bericht klar hervorgeht, keine grossen Möglichkeiten haben, um auf den Stand der heutigen Schulden zurückzugehen. Das ist das Instrument, das gefordert wurde, dass man diese Sicht aufzeigt, wo wir in etwa zehn Jahren landen.

Pascale Uccella-Klauser, 2. Vizepräsidentin:

Investitionsrechnung

0 Allgemeine Verwaltung

1 Öffentliche Sicherheit

2 Bildung

3 Kultur und Freizeit

4 Gesundheit

6 Verkehr

7 Umwelt und Raumplanung

9 Finanzen und Steuern

Andreas Bammatter, Präsident: Die Diskussion ist geschlossen, wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat zu beschliessen:

1. Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2013 wird genehmigt (Geschäft 4172).

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 26.03.2014, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 13.05.2014, betreffend Geschäftsberichte 2013 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4171 / A

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es freut mich sehr im Namen der Gesamtverwaltung ein paar Ausführungen zum Geschäftsbericht 2013 an Sie zu richten. Den schriftlichen Bericht haben Sie erhalten. Ich darf davon ausgehen, dass Sie diesen intensiv gelesen haben. Dabei ist Ihnen bestimmt aufgefallen, dass Allschwil im 2013 wieder ein grosses Aufgabenpaket erfüllt hat und dies trotz phasenweise wesentlich reduziertem Personalbestand, und auch unter dem Umstand, dass es verschiedene Wechsel in der Führungsspitze gab. Das ist nicht selbstverständlich und vor allem ist es nicht selbstverständlich, dass man in hektischen Zeiten die Ruhe und Gelassenheit bewahrt, um die bisherige Arbeit weiterzuführen, wie wenn sich gar nicht viel geändert hat. Es ist auch nicht selbstverständlich, dass man zusätzliche Arbeit übernimmt, nur damit am Ende des Tages wirklich alles erledigt ist und alle Arbeiten termingerecht erledigt werden konnten. Genau das ist im 2013 grossmehrheitlich passiert. Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, um allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ein grosses Dankeschön auszusprechen. Ohne das engagierte Mitarbeiten und Mitdenken der Verwaltung wäre es nicht möglich gewesen, das Aufgabenpaket 2013 wie gewohnt zu erledigen. Der Gemeinderat hat im 2013 wiederum zahlreiche Berichte an Sie zur Beschlussfassung und Verabschiedung unterbreitet. Es wurden verschiedene Interpellationen beantwortet und der Gemeinderat hat zahlreiche Stellungnahmen zu Gesetzesrevisionen abgegeben. Zudem hat der Gemeinderat im Berichtsjahr an 14 gemeinderätlichen Projekten weitergearbeitet. Highlights oder wichtige Projekte in diesem Zusammenhang sind "Unser neues Schulhaus" und vor allem die Planung des Schulhauses Gartenhof, und da auch die Weiterführung der Kindergartenstrategie, die Sanierung und der Neubau von verschiedenen Kindergärten. Das Projekt hat uns alleine wegen seiner Grösse enorm beschäftigt im 2013. Ich kann Ihnen versichern, dass wir auf Kurs sind. Das Baugesuch konnte fahrplanmässig im Berichtsjahr 2013 eingereicht werden und zwischenzeitlich haben wir die Baubewilligung erhalten. Spatenstich, das haben wir vorhin gehört von Christoph Morat, ist am Mittwoch 25. Juni 2014. Da darf man sagen: Freude herrscht. Auch wenn ich immer wieder höre, dass die Finanzlange darunter leidet, aber das Projekt ist ein tolles Projekt. Ein weiteres grosses Projekt war die Revision der Basellandschaftlichen Pensionskasse. Da war Allschwil von Anfang an an vorderster Front dabei am Mitarbeiten. Wir waren initiativ, wir haben die Gemeindeinitiative unterstützt mit dem Ziel, Übernahme der vollen Ausfinanzierungskosten durch den Kanton. Wie Sie wissen, hat der Kanton aufgrund von diesem Engagement ein Gegenvorschlag ausgearbeitet, welcher im Landrat noch ausgebeSSERT wurde. Die Initiativegemeinden haben ihre Initiative zurückgezogen und der Gegenvorschlag wurde kürzlich vom

Volk angenommen. Das wird zu einer spürbaren Entlastung von unserer Finanzlage führen. Allschwil hat von Anfang an intensiv an der Revision des Finanzausgleichs mitgearbeitet. Auch hier waren wir eine Initiativgemeinde. Wir haben uns engagiert mit dem Ziel, dass unsere Zahlungen im Finanzausgleich auf ein erträgliches Mass reduziert werden können und der Finanzausgleich neu gestaltet wird. Dazu wurde von Ihnen eine Interpellation eingereicht. Diese Interpellation wird vom Gemeinderat ausführlich beantwortet, sodass Sie auch dort auf dem aktuellen Stand sind. Als Antwort auf die Differenzen zwischen den Gemeinden des oberen und des unteren Kantonsteiles, in Zusammenhang mit dem Finanzausgleich, ist eine Tagsatzung von allen Gemeinden ins Leben gerufen worden. An dieser Tagsatzung war die Gemeinde Allschwil sehr aktiv dabei, mit dem Ziel, dass die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden gefördert wird. Ich spreche das Thema der Regionenbildung an. Allschwil macht bei der Regionenplattform Leimental Plus mit. Ein wichtiges Thema wird in kurzer Zukunft die Stellungnahme zu der ELBA-Thematik sein, wo wir nach wie vor hoffen, dass die Plattform Leimental Plus sich unserer Meinung anschliesst, sodass wir eine gemeinsame Stellungnahme abgeben können. Im 2013 gab es viel zu tun, es wurde viel Arbeit erledigt. Auch im 2014 wird uns die Arbeit nicht ausgehen. Es sind verschiedene Fragen ausstehend, unter anderem im Zusammenhang mit der Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse. Da stellt sich die Frage, ob die Gemeinde Allschwil bei der BLPK bleibt oder ob wir uns einer anderen Versicherung anschliessen. Abklärungen dazu sind gemacht, der Entscheid ist noch ausstehend. Bezüglich der Finanzausgleichsrevision sind wir noch nicht am Ziel, auch dort wird ein weiteres Mitarbeiten notwendig sein. Bei der Regionenbildung wird viel Neues auf Sie zukommen, vielleicht werden in Zukunft Themen in der Regionenplattform Leimental Plus entschieden und gar nicht mehr hier drin im Einwohnerrat. Das ist Zukunft, von mir allein kommt dies nicht.

Zu guter Letzt wird uns die Thematik Leistungsüberprüfung weiter beschäftigen, das wird ein ständiger Auftrag sein. Wir haben es vorhin bei der Rechnung gehört, der Gemeinderat geht das an, in diesem Zusammenhang auch die ganzen Abklärungen mit den sogenannten C-Geschäften, wo Sie zu Recht auf Antworten warten.

Es wird weder dem Gemeinderat noch Ihnen im 2014 und in Zukunft langweilig, die Arbeit geht nicht aus.

Jean-Claude Bourgnon, GPK-Präsident: Ich möchte kurz einige Punkte erläutern, weshalb wir gewisse Fragen gestellt haben. Sie haben unseren Bericht mit der Traktandenliste erhalten. Uns war wichtig, aktuelle Bezüge herzustellen. Auf der ersten Seite zum Beispiel die Stellung der Gemeinde zum Bahnanschluss zum EuroAirport. Das war in diesem Jahr in den Medien. Und die zweite Frage ist, wie der Mehraufwand des Kaderpersonals abgegolten wird. Das hat im Kanton für einigen Wirbel gesorgt. Bei Hochbau und Raumplan war es uns wichtig zu fragen, weshalb die Renovationen im Dorfkern unterm Budget sind. Diese Frage war nicht buchhalterisch gemeint, sondern hatte ein politisches Ziel. Wird diese Position wirklich ausgeschöpft? Gibt es eine Nachfrage? Wir haben über das kurz gesprochen beim Paket der Leistungsüberprüfung. Ich habe diese Frage vorgängig mit dem Präsident der Fireko abgesprochen. Wir wollten nicht über den Hag fressen. Ein weiterer Punkt waren Fragen, welche immer wieder im Einwohnerrat waren. Das ist die zweite Frage bei Hochbau und Raumplanung. Da geht es um die Erreichbarkeit und die Präsenzzeit des Hauptabteilungsleiters. Die Antwort, die hier drin steht, gibt den Stand von Anfang Mai weiter, als wir diese Frage beantwortet erhalten haben. Der letzte Punkt, den ich kurz hervorheben möchte, ist die allgemeine Frage nach den Stellen. Wir hatten bei den einzelnen Departementen grosse Unterschiede zwischen den budgetierten und den genutzten Stellen. Unsere Frage war, ob man generell an eine Umschichtung denkt. Da haben wir eine gute Antwort des Gemeinderates erhalten.

Grundsätzlich finden wir den Geschäftsbericht in jeder Hinsicht eine ausgezeichnete Bestandesaufnahme. Wenn man ihn mit dem Vorgängerbericht vergleicht, dann ist er insgesamt etwas nüchterner abgefasst. Obwohl es ein retrospektiver Geschäftsbericht ist, fänden wir es nicht daneben, wenn man kurz noch einen Ausblick mit reinnimmt. Den Geschäftsbericht schaut man sich Mitte des Jahres an, wo bereits wieder ein halbes Jahr verstrichen ist, damit man den Zusammenhang sieht, wie es war und wie es weiter geht. Abschliessend möchten wir dem Gemeinderat, der Gemeindeverwaltung, den Schulräten, den Sozialhilfebehörden und dem Wahlbüro für die geleistete Arbeit danken.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich habe zwei Anregungen, erwarte aber keine Antwort darauf. In Basel-Stadt habe ich gesehen, dass Geschäftsbericht und Rechnung in einem Bericht abgegeben wird. Das wäre eine Überlegung wert. Wir haben hier einen Stellenplan, der interessant ist. In Basel-Stadt sieht man einen Mehrjahresvergleich bei den Stellen über alles, also inklusive Lehrpersonen. Das würde ich in Zukunft sehr begrüßen.

Daniela Werren Kienzler, SP-Fraktion: Wir haben den Bericht auch gelesen und finden, dass es ein guter Einblick in die Departemente und Kommissionen ist. Wir möchten die grosse Arbeit, die hier dahinter steckt, verdanken.

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: Ich wollte das fast Gleiche sagen. Auch wir fanden es sehr positiv, wie das gelaufen ist. Der Bericht kommt dieses Mal nicht so pompös und ohne zu viel Süssholzgeraspel daher, er ist wirklich sehr gut. Die Fraktion EVP/Grüne unterstützt dies.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe nur eine kurze Bemerkung zu einer Äusserung von Frau Nüssli. Bitte lasst das Leimental endlich mal weg. Wir haben so schlechte Erfahrungen, was das an Geld kostet, wenn man einen Verbund mit Leimental eingeht. Wir sind gross genug, damit wir auch selbstständig sein können, und das sind wir. Ich möchte zur Vorsicht beten. KESB Leimental hat uns einen riesigen Klotz ans Bein gebunden, welcher in meinen Augen und auch in anderen hier drin zu extrem ist. Bitte nicht nochmals so etwas eingehen.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Auch wir von der FDP-Fraktion bedanken uns sehr für den gut geschriebenen Geschäftsbericht 2013. Wir haben lediglich eine Frage im Bericht drin. Dort steht: Hochbau Raumplanung, minus 20%. Der Hauptabteilungsleiter hat keine Vollstelle, sondern nimmt seine Tätigkeit mit einem 80%-Pensum wahr, dies kann sich ändern. Unsere Frage ist, wie? Oder haben wir schon bald wieder einen Abgang zu verzeichnen?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat leider festgestellt, dass die Hauptabteilung nicht mit einem 80%-Pensum geführt werden kann. Wir haben mit dem Hauptabteilungsleiter gesprochen und haben eine Lösung gefunden. Er ist ab 1. Juni bereits zu 100% für unsere Gemeinde tätig.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Danke für die Antwort. Wir sind froh, dass in der Führung der Gemeinde etwas Kontinuität und Ruhe reinkommt.

Roland Naef, parteilos: Dazu eine Ergänzungsfrage. Arbeitet denn Herr Giske nur noch 70%? Wenn ich die Zahlen im Geschäftsbericht anschau, dann müsste dies eigentlich so sein.

Nicole Nüssli-Kaiser Gemeindepräsidentin: Herr Giske arbeitet nicht 70%, Herr Giske arbeitet das gleiche Pensum wie bis anhin. Man muss sich einfach bewusst sein, dass es hektische Zeiten gab seit dem 1. Juli 2013 personalmässig, weil wir verschiedene Abgänge zu verzeichnen hatten. Das hat dazu geführt, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzliche Arbeiten machen mussten. Dazu gehört auch Herr Giske, er hat einiges übernommen, was ansonsten liegen geblieben wäre, was nicht gut gewesen wäre.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich lese unter Bildung Erziehung Kultur, dass verschiedene Stellungnahmen formuliert wurden, unter anderem über das Sonderpädagogikkonkordat, über die personalrechtliche Stellungen von Schulleitungen usw. Sind diese Stellungnahmen irgendwo einsehbar?

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wie in allen diesen Geschäftsberichten haben wir auch in diesem Jahr eine Reihe von Vorstössen, welche der Gemeinderat beantragt abzuschreiben. Darunter ist auch das Postulat für eine S-Bahnhaltestelle am Morgartenring. Da sind wir von der FDP-Fraktion der Meinung, dass man dieses Postulat stehen lassen sollte. Zu dem Zeitpunkt, wo jetzt das Herzstück für die S-Bahn kommen wird, wäre es falsch zu sagen, dass wir dort beim Morgartenring keine S-Bahnstation möchten. Das wäre eine falsche Signalwirkung. Wir bitten darum, dass Sie bei diesem Antrag entsprechend abstimmen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Wenn ich es richtig verstanden habe, dann geht es um die Stellungnahmen auf Seite 13?

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Nein, auf Seite 43, Kommunale Bildung.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Das sind Stellungnahmen, welche an den Kanton gehen. Das sind Vernehmlassung, wo wir unsere Meinungen abgeben können. Diese sind nicht öffentlich und können nicht eingesehen werden. Adressat ist der Kanton. Wir hoffen, dass unsere Stellungnahmen mit eingeschlossen werden.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Schade, es wäre sehr interessant gewesen zu wissen, welche Haltung die Gemeinde diesbezüglich hat. Ich bin froh, dass die Gemeinde die Erziehungsberatung nicht wegspar. Das habe ich mit Freude gelesen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Wie Sie im Bericht Seite 11 sehen, hat der Kanton Basel-Stadt die Haltestelle Morgartenring bereits in den Richtplan aufgenommen und auch im Agglomerationsprogramm ist es enthalten. Dadurch kann ich Ihnen mit gutem Gewissen empfehlen, dieses Postulat jetzt abzuschreiben. Diese Haltestelle ist auf gutem Wege.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte das Geschäft nicht in die Länge ziehen. Jérôme hat vorhin gesagt, dass man Vorjahreszahlen haben möchte. Ich möchte dies nochmals intensiv dem Gemeinderat ans Herz legen, damit er schaut, dass er das Vorjahr und das Jahr davor dazunehmen kann, damit man eine Übersicht hat. Ich möchte nicht den Präsidenten und dem Gemeinderat danken für den tollen Bericht, sondern den Mitarbeitenden auf der Verwaltung.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur abschnittswisen Beratung, weil das relativ kurze Voten waren. Hat jemand noch etwas, was er zu einer bestimmten Stelle im Bericht erwähnen möchte? Das ist nicht der Fall. Dann gehe ich dem Inhaltsverzeichnis entlang.

Gemeinderat Allschwil, Seite 5 bis Seite 60

Allschwil in Zahlen

Schulrat Kindergarten und Primarschule Allschwil

Schulrat Sekundarschule Allschwil

Schulrat Musikschule Allschwil

Sozialhilfebehörde

Wahlbüro

Wir kommen jetzt auf Seite 54 zu den Anträgen des Gemeinderates.

1. Der Gemeinderat beantragt, die Geschäftsberichte 2013 zur Kenntnis zu nehmen.

://

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

2. In diesem Zusammenhang beantragt der Gemeinderat, folgende Geschäfte abzuschreiben (vergleiche S. 10 des Berichts des Gemeinderates):

Frau Gürtler ziehen Sie Ihren Antrag zurück oder stimmen wir darüber ab?

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir können darüber abstimmen.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es noch andere Geschäfte, über welche abgestimmt werden muss? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über Litera d ab, über den Antrag von Frau Gürtler, das Postulat nicht abzuschreiben.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich gegen ein paar Enthaltungen abgeschrieben.

Wir stimmen über 2a bis h ab, ob diese abgeschrieben werden sollen.

://:

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 13.05.2014, betreffend

Rechenschaftsbericht der GPK

Geschäftsvertretung: GPK-Präsident, Geschäft 4187

Jean-Claude Bourgnon, GPK-Präsident: Grundsätzlich folgen wir in der GPK nicht einer Reihenfolge, also nach dem Motto, dass das Departement X jetzt dran war und dann drei oder vier Jahre nicht mehr dran kommt. Wir möchten uns den Handlungsspielraum bewahren und wir möchten frei sein, was wir anschauen. Das waren die drei Schwerpunkte, welche wir in diesem Bericht aufgelistet haben. Bei der Fachstelle für Arbeitsintegration waren es tolle fünf viertel Stunden, in denen wir mit Informationen versorgt wurden. Es hat uns insbesondere beeindruckt, dass ein sehr fundierter Aufbau der Fachstelle stattgefunden hat, dass die Prozesse klar und festgehalten sind, und dass der präventive Charakter von dieser Arbeit sehr stark herauskommt. Die einzelnen Fragen, welche wir dem Gemeinderat gestellt haben zum Staudamm Lützelbach, das ist eine verzwickte Angelegenheit, das sieht man schon an der Länge der Antworten des Gemeinderates. Das ist etwas, das ich als noch nicht so lange Zugezogener nicht wusste, dass dies noch hängig ist. Da sind wir, auch wenn es blockiert ist, ein bisschen verwundert darüber, dass wir nie mindestens in einer kurzen Info des Gemeinderates etwas dazu gehört haben, wie der Stand der Dinge ist. Weiter möchte ich da nicht darauf eingehen. Die Beantwortung von Vorstössen wurde aus der Mitte des Einwohnerrates immer wieder bemängelt, es müsse speditiver erfolgen. Wir haben entsprechend nachgefragt und werden auch weiterhin ein Auge darauf haben, damit die Vorstösse so speditiv wie möglich beantwortet werden. Das nächste sind Dienstleistungsbereitschaft, die Servicequalität und die Kundenfreundlichkeit in der Gemeindeverwaltung. Wir sind klar der Meinung, dass eine gute Dienstleistung gut verkauft werden muss. Wir haben fünf Beispiele herausgepickt. Bis auf eines haben wir das selber gemacht, also die Mitglieder der GPK. Wir haben bewusst darauf verzichtet, Namen oder Daten in den Bericht zu nehmen. Es geht nicht um Personen, die involviert waren zum Beispiel von der Verwaltung, sondern es geht darum, einen Überblick zu erhalten. Das Beispiel, was niemand von der GPK gemacht hat, war die Anmeldung auf der Gemeinde bei Zuzug. Da habe ich eine Arbeitskollegin, welche neu zugezogen ist, entsprechend instruiert. Grundsätzlich finden wir die Dienstleistungsqualität sehr gut. Es gibt, wie im Bericht aufgeführt, ein paar kleine Sachen, die umso ärgerlicher sind, weil man sie mit wenig Aufwand verbessern oder beheben könnte. Wir haben uns auch erlaubt, Optimierungspotential vorzuschlagen. Ich möchte hier klar betonen, dass es eine Momentaufnahme ist. Es sind fünf Beispiele aus der sehr grossen Tätigkeit auf der Gemeinde, auf die wir unser Urteil abgestellt haben. Wenn man dies generell umfassend prüfen möchte, dann müsste man dies viel breiter angehen. Das ist nicht die Arbeit der GPK. An dieser Stelle möchte ich dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung danken für ihre Arbeit und auch den sechs Kolleginnen und Kollegen, welche mit mir zusammen in der GPK sind.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, wir kommen somit zu den Anträgen der GPK.

Gestützt auf diese Ausführungen stellen wir folgende Anträge:

1. Folgende Prüfungsberichte werden zur Kenntnis genommen
 - Fachstellung für Arbeitsintegration (FAI)
 - Fragenkatalog zu Staudamm Lützelbach, Beantwortung von Vorstössen und Öffentlicher Verkehr
 - Dienstleistungsbereitschaft, Servicequalität und Kundenfreundlichkeit der Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung

://:
Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Vom Rechenschaftsbericht der GPK wird Kenntnis genommen.

://:
Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

://:
Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 30.04.2014, sowie der Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, betreffend Bau- und Strassenlinienplan Wirtsgartenweg, Abschnitt Judengässli – Stegmühleweg, Mutation Teilstück Judengässli – Rieschweg
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4170 / A

Robert Vogt, Gemeinderat: Aufgrund des revidierten Strassennetzplan im Jahr 2002 und aufgrund des Zonenplanes Siedlung im Jahr 2008 musste die logische Schlussfolgerung heissen, dass wir den Abschnitt des Wirtsgartenweg in ein Wohnquartier entlassen. Bis jetzt war dort eine Strasse gelegt mit einem entsprechenden Abstand, den man nicht überbauen durfte. Dies möchten wir mit dieser Mutation ins Lot bringen. Ich bitte Sie heute um den Erlass des vorliegenden Bau- und Strassenlinienplanes.

Armin Bieri, VPK-Präsident: Ihr seht, das ist ein kurzer Bericht. Es ist eine gesetzliche Anpassung an die Realität. Es war in der Kommission klar nicht bestritten. Wir sind auf die Einsprachen eingegangen, welche es von zwei Grundeigentümern gab, welche Wertverminderungen von ihren Grundstücken geltend machen wollten. Diese haben den Zug verpasst. Sie hätten 2002 Einsprache erheben müssen, als der kantonale Strassenlinienplan aufgehoben wurde, oder spätestens im Jahr 2008, wo dieser Grund als Baugrund freigegeben wurde. Das war der letzte Zeitpunkt zum Einsprache erheben. Nun ist das alles gelaufen, rechtlich haben sie keine Chance, einen Anspruch auf Wertverminderung geltend zu machen. Die Kommission empfiehlt den Bau- und Strassenlinienplan Wirtsgartenweg, Abschnitt Judengässli – Stegmühleweg so zu erlassen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe eine Verständnisfrage an Gemeinderat Vogt. Die Zeitspanne zwischen 2002 und 2008 ist uns klar. Aber wieso es von 2008 bis 2014 sechs Jahre gedauert hat, da wundern wir uns über diesen langen Zeithorizont.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich gehe davon aus, dass wir hier keinen Zeitdruck hatten, und deswegen steht es erst heute hier zur Debatte.

Andreas Bammatter, Präsident: Verlangt jemand abschnittsweise Beratung? Das ist nicht der Fall, wir kommen zum Antrag des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Bau- und Strassenlinienplan Wirtsgartenweg, Abschnitt Judengässli – Stegmühleweg, Mutation Teilstück Judengässli – Rieschweg, wird erlassen.

://:

Diesem Antrag wird mit einer Enthaltung grossmehrheitlich zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird abgeschlossen.

Es ist jetzt zwei Minuten vor 21.00 Uhr, und wir machen das Traktandum 6 morgen bei den Wahlen. Wir sehen uns morgen, wir sind um 17.00 Uhr eingeladen auf der Gemeindeverwaltung.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Morgen ist die Vernissage zum Projektwettbewerb Wegmatten, wo es eine Ausstellung gibt und Sie alle 18 Projekte anschauen können. Es wird Ihnen das Siegerprojekt erläutert, welches wir ausgewählt haben. Dieses wird offiziell als Sieger gekürt. Es würde mich freuen, wenn möglichst viele von Ihnen kommen und dies anschauen werden.

ENDE der Sitzung vom 17. Juni 2014

Mittwoch, 18. Juni 2014, 18.00 Uhr

Andreas Bammatter, Präsident: Guten Abend, wir haben heute einen wichtigen Abend, wir haben die Wahlen für die nächste Amtsperiode 2014/2015 auf dem Programm. Ich begrüsse Sie alle sehr herzlich. Wir haben den Ablauf zusammen mit dem 1. Vizepräsident und der 2. Vizepräsidentin so vorgesehen, dass wir die Wahlen machen, und währenddem sie ausgezählt werden, besprechen wir das Traktandum Freiraumkonzept. So können wir das abschliessen und die Traktandenliste beenden. Ich habe gestern noch etwas vergessen. Zu meiner Rechten ist neben Herr Spinnler jemand, der gestern zum ersten Mal offiziell hier war. Inoffiziell wurde er bereits das letzte Mal angekündet. Dieter Pfister ist seit dem 1. Juni bei uns und gestern Abend zum ersten Mal hier. Dieter, herzlich willkommen.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Es liegt eine Interpellation Familienergänzende Betreuung mit Famex-Kürzungen vor.

Bereits ist mein Präsidialjahr in Kürze vorbei und Jürg Vogt, davon gehe ich aus, wird ab 1. Juli als neuer Präsident diesen Rat leiten. Es ist mir ein Anliegen, ein paar Gedanken zum vergangenen Jahr festzuhalten. Ich danke allen Beteiligten, welche zum guten Gelingen bei der Herbeiführung der Entscheide mitgeholfen haben. Das sind zuerst die Mitarbeitenden der Verwaltung, der Gemeinderat, wir als Einwohnerrat, die Fraktionen und natürlich auch meine Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerratsbüro. Ganz speziell nutze ich die Gelegenheit, Nicole Müller, welche das Einwohnerratsbüro leitet, für ihre grossartige Unterstützung für meine präsidiale Arbeit zu danken, und last but not least unseren beiden Ratsweibern, Anita und Hugo Gloor, welche neben dem leiblichen Wohl viel für den Ratsdienst gemacht haben.

Ich erlaube mir auf ein paar Geschäftsfelder zurückzublicken. Da sind zum einen die Bildungsprojekte, neue Kindergärten und unser neues Schulhaus. Wir haben Schritt für Schritt in nicht wenigen Sitzungsstunden hoch und runter diskutiert und Entscheide für die kommenden Generationen getroffen. Ein weiteres Projekt, welches noch realisiert werden muss, ist die Baslerstrasse, das ist ein

Dauerbrenner. Allgemein wird uns das Thema Verkehr in den nächsten Jahren nicht loslassen. Ich denke zum Beispiel ans Bachgrabengebiet. Und schliesslich die stetig wachsenden finanziellen Auswirkungen, welche seit der Budgetdebatte im Dezember unsere Traktandenliste massgeblich erweitert haben. Persönlich bedaure ich es sehr, dass das Geschäft 4048 mit 18 zu 17 Stimmen nicht umgesetzt werden soll. Gerade jetzt, wo unsere Freunde von Pfullendorf im Mühlehall ihre Kunstwerke ausstellen und der Kunstverein im Herbst eine Landart-Ausstellung plant. Als Politiker weiss ich jedoch, dass es manchmal mehrere Anläufe braucht. Die Traktandenvielfalt und die Komplexität zeigen deutlich, dass Allschwil heute mehr denn je an einer Schwelle steht. Emotional losgelöst könnte man sagen, definitiv vom Dorf oder von der Stadt zu einem funktionalen Raum, oder einfach gesagt, vom Kleinbetrieb zu einem mittelgrossen Unternehmen. Das wird sichtbar durch die Einwohnerzahl. Notabene sind wir jetzt seit Jahren konstant die grösste Gemeinde im Baselbiet. Weiter ist auch die Wirtschaft bei uns von grosser nationaler Bedeutung und folglich ist der Bedarf an zusätzlicher Infrastruktur notwendig. Das zeigt sich immer im Budget und in der Rechnung der öffentlichen Hand, welche wir hier mitverantworten. Das bedeutet auch, dass wir uns dem bewusst sein müssen und nie den Blick fürs Ganze verlieren dürfen. Wohnen, Arbeit, Freizeit in einer Viergenerationen-Gesellschaft erfordern ein ganzheitliches Gemeindeentwicklungskonzept. Schritte dazu haben wir gemacht mit dem Landschaftsentwicklungskonzept, dem Zonenplan Siedlung oder dem Freiraumkonzept, welches wir heute besprechen. Die strategischen Vorgaben sind in den Händen der Gemeinde und von uns im Einwohnerrat. Die operative Umsetzung kann nur von motivierten und fachlich kompetenten Führungskräften und von Mitarbeitenden in der Verwaltung verwirklicht werden. Es muss darum von uns allen das Interesse sein, das mehrfach erwähnte Potential auszuschöpfen. Dass dabei die Finanzen einen grossen Stellenwert haben, ist unbestritten. Wir dürfen aber keine Kurzschlusshandlungen vollziehen und wertvolle Errungenschaften, welche wir seit Jahren entwickelt und realisiert haben, ohne sorgfältige Prüfung preisgeben. Gerade im sozialen und kulturellen Bereich ist die Versuchung gross. Ich erinnere an die generelle Leistungsüberprüfung oder an gestern, wo die bürgerlichen Kollegen einen Korb gegeben haben. Somit ist mein Fazit: Was etwas wert ist, das darf auch etwas kosten. Ich persönlich bin bereit solidarisch meinen Obolus dazu zu leisten. Ich komme bereits zum Schluss und hoffe, dass ich meine letzten Minuten als Ratsleiter gut bewältigen kann und schliesse mit einer allerletzten Bitte um Nachsicht für alle kleinen und grösseren Ungereimtheiten, welche mir als Einwohnerratspräsident unterlaufen sind. Besten Dank.

Heute ist der Einsendeschluss für den 27. Juni. Ich habe fast alle erhalten, ich habe bis 12.00 Uhr Zeit und dann kann ich noch nachfragen. Diejenigen, die sich auch am Nachmittag für den kulturellen Teil, die Führung von Tele Basel, angemeldet haben, maile ich noch an, wann die genaue Zeit ist. Ihr werdet ein Mail erhalten in den nächsten Tagen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 21.05.2014, betreffend

Freiraumkonzept 2013, sowie

Beantwortung Motion Grünanlagenkonzept

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4191 / Geschäft 4002 / A

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich freue mich ausserordentlich im Namen des Gemeinderates Ihnen heute Abend dieses dicke Buch präsentieren zu dürfen. Termingerech, qualitativ hochstehend und unter Einhaltung der Kosten können wir Ihnen heute ein ganz tolles Produkt präsentieren. Während rund 1,5 Jahren hat sich die Gemeinde Allschwil intensiv mit den Grünanlagen und den Spielplätzen auseinandergesetzt. Das Resultat dieser Arbeit ist ein 200-seitiges in Baselland führendes Freiraumkonzept. Die Haupteckdaten: Allschwil weist im Siedlungsgebiet mit rund 24 Quadratmeter pro Einwohner gesamtschweizerisch eine sehr gute Freiflächenziffer aus. Beim bestehenden Spielplatzangebot besteht allerdings noch ein gewisses Verbesserungspotential.

Was sind Freiräume? Freiräume sind essentiell für die Erholung, die Bewegung und die soziale Interaktion. Freiräume sind zentrale Orte des öffentlichen Lebens, prägen die Identität und fördern die Verbundenheit der Bevölkerung mit der Gemeinde. Dieser Grundsatz unterstreicht die Bedeutung des Freiraumkonzepts der Gemeinde Allschwil. Das haben wir zusammen mit den Planern von PG Landschaften und Stierli + Ruggli während rund 1,5 Jahren erarbeitet.

Zu den Freiflächenziffern. Das Freiraumkonzept Allschwil analysiert in erster Linie die öffentlichen Freiräume, es sind 44 an der Zahl, und die 10 öffentlichen und 55 zugänglichen halbprivaten Spielplätze.

Ein wesentlicher Bestandteil für eine gesamtheitliche Betrachtung bilden die privaten Frei- und Spielräume. Generell zeigt die Analyse, dass Allschwil im Siedlungsgebiet mit rund 24 Quadratmetern eine sehr gute Ziffer im gesamtschweizerischen Vergleich ausweist, durchschnittlich liegt sie bei 20 bis 21 Quadratmeter pro Einwohner. Würde man den Freiraum in der Landschaftszone, der riesengross ist und über die Hälfte des ganzen Gemeindegebietes aufweist, mit einbeziehen, dann würde sich die Fläche pro Person um das zehnfache erhöhen. Die Freiflächenziffer innerhalb der fünf funktionalen Gebiete zusammengefasst ist sehr unterschiedlich. Insbesondere in Neu-Allschwil stehen der Bevölkerung nur rund acht Quadratmeter pro Einwohner zu, das ist wenig. Die bestehenden Spielplatzangebote auf dem ganzen Gemeindegebiet sind aber ausreichend. Der Bericht hält fest, dass das Spielflächenangebot der Gemeinde Allschwil für die bestehende Anzahl von Kindern als nicht gut bezeichnet werden kann. Allerdings lässt sich das Angebot durch Vernetzung von existierenden Spielangeboten in anderen Gemeindegebieten noch stark verbessern. Der öffentliche Freiraum ist wichtig für die Stadtentwicklung. Mit dem Freiraumkonzept Allschwil 2013 mit den definierten Leitsätzen steht dem Einwohnerrat, dem Gemeinderat, der Verwaltung und allen Interessierten ein wichtiges und zielführendes Dokument für die Freiraum- und Spielplatzentwicklung für die kommenden Jahren zur Verfügung. Das Konzept ist keine starre, sondern eine rollende Planung, welche an den jeweiligen Situationen angepasst werden muss. Es beschreibt beispielhaft wie Behörden mit privaten Planungsfachleuten den öffentlichen Freiraum in Allschwil als wesentlichen Bestandteil der Entwicklung behandeln sollen. Die Umsetzung der mannigfaltigen Massnahmen ist eng mit der zukünftigen Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung verbunden. Ein wesentlicher Bestandteil für eine gesamthafte Betrachtung bilden die privaten Frei- und Spielräume. Insbesondere dort, wo gemäss dem Freiraumkonzept Defizitgebiete bestehen. Da kann die Gemeinde mit Richtlinien und Vorgaben insbesondere bei Quartierplanungen oder Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan in einem Dialog mit Investoren, Bauwilligen etc. Einfluss nehmen. Weitere Massnahmen sind unter anderem ein periodisches Monitoring, wie hat sich das entwickelt, und korrigierendes Einflussnehmen, falls etwas nicht so läuft, wie wir uns das vorstellen. Ein Zeithorizont für die Massnahmenumsetzung bis 2030 scheint realistisch. Vieles wird abhängig sein von der Dynamik der Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung, aber auch von den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde Allschwil. Ich bitte Sie den Antrag des Gemeinderates über das Freiraumkonzept Allschwil zur Kenntnis zu nehmen und die Motion, welche von Ihnen vor 1,5 Jahren eingereicht wurde, als erledigt abzuschreiben.

Andreas Bammatter, Präsident: Ich sage gerade am Anfang, worum es heute geht. Wir müssen das Freiraumkonzept zur Kenntnis nehmen und wir sollten die Motion Grünanlagenkonzept als erledigt abschreiben.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte die Zeit nutzen für ein kurzes Votum. Auch wir von der GLP/BDP sind sehr glücklich über das sehr umfassende Werk, welches gemacht wurde. Wir hoffen allerdings sehr, dass dies nicht ein reiner Papiertiger wird. Der Gemeinderat sagt, dass er eine rollende Planung möchte. Er werde ein Monitoring vornehmen und innerhalb von 16 Jahren, also bis 2030 werden Massnahmen umgesetzt. Wir befürchten, dass hier sehr wenig Taten diesen Worten folgen werden. Wir sehen zwei Baustellen. Im Bericht wird festgehalten, dass Neu-Allschwil Süd sehr schlecht mit Freiflächen ausgestattet ist. Da werden wir uns dafür einsetzen, dass das Bettenacker-Schulhaus und das Sturzeneggerareal zumindest teilweise freibleiben als Grünfläche. Die zweite Baustelle, die wir sehen, ist die Feststellung, dass die öffentlichen Spielplätze in einem teilweise schlechten Zustand sind. Da erwarten wir, soweit das die Finanzen zulassen, einen Investitionsplan mit Priorisierung, damit wir dann tatsächlich eine konkrete Auswirkung haben von diesem ganzen Werk.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Da ich Motionär bin, erlaube ich mir, entgegen den Spielregeln, dass der Präsident selber nichts sagt, zu diesem für mich wichtigen Thema Stellung zu beziehen. Das Freiraumkonzept zeigt Entwicklungspotential auf. Aufgrund von zwei Einwohnerratsmotionen, Grünanlagen und Spielplätze, liegt nun das Freiraumkonzept vor. Die geografische Einteilung in die funktionalen Räume, Dorf, Bachgraben, Neu-Allschwil Nord, Neu-Allschwil Süd, Ziegelei, die demografische Struktur der Viergenerationen-Gesellschaft und die Bewertungskriterien zeigen klar auf, wo die Entwicklungspotentiale und die Gefahren in Allschwil liegen. Allschwil ist im Grünwert grundsätzlich gut versorgt. Ausnahmen bilden die Quartiere Bohrerhof und teilweise Letten. Beide Quartiere sind am weitesten von den bedeutenden Orten der Ruhe und Reflexion getrennt. Verschwindet das Schulhaus Bettenacker besteht die Gefahr, dass das Quartier Letten bezüglich des Flanierwerts sein Defizit noch vergrössern wird. Grabenring, Lindenplatz, Dürrenmatte, Breite und Teile vom Bachgraben haben einen guten Interaktionswert. Der Dorfkern und die Ziegelei sind dagegen unterversorgt. Die

Sportflächen, das wissen wir, konzentrieren sich in Allschwil besonders beim Bachgraben und in der Breite. Spielwert finden wir um das Dreieck Bachgraben, Gartenhof, Bettenacker. Unterversorgt sind, und das ist keine Überraschung, der Dorfkern, aber auch, und das überrascht ein bisschen, das Ziegelei-Quartier. Da gibt es noch Entwicklungspotential. Was die Spielflächen anbelangt, hat die Gemeinde eher qualitativ unterdurchschnittliche Angebote. Die Anzahl ist zwar ausreichend, aber massgeblich, und das steht deutlich drin, durch die halbprivaten zugänglichen Plätze beeinflusst. Beim Bauprojekt Schulhaus Gartenhof wird ein neuer Spielplatz errichtet. Die Zukunft der Spielplätze Gartenstrasse und Bettenacker werden aber in Frage gestellt. Das Fazit von mir und ich hoffe auch von euch: Mit dem vorliegenden Freiraumkonzept liegen fundierte Auswertungen vor, welche bei einer zukünftigen Nutzungsplanung uns ermöglichen, die Auswirkungen auf die beschriebenen Freiraumfaktoren festzustellen und die notwendigen Schlüsse und Beschlüsse daraus zu ziehen. Gemeinsam kann dies gelingen. Ich danke sehr herzlich für das umfangreiche Werk als wichtiger Mosaikstein im Gemeindeentwicklungskonzept.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich durfte an dem dicken Schunken mitwirken. Es ist relativ gut herausgekommen. Ich möchte Sie vor grossen Euphorien warnen. Solange kein Geld da ist, werden keine grossen Stösse gemacht werden können. Wir haben in der Kommission mehrmals darauf hingewirkt, dass wir noch nichts Fixes machen, weil es nicht rosig aussieht. Man hat das auch berücksichtigt, aus diesem Grund ist es auch so ausgefallen. Es ist ein Instrument, welches man zur Hand nehmen kann. Aber es verpflichtet nicht, heute und morgen alles umzusetzen, was drin steht. Nicht verwunderlich fand ich, dass Allschwil sehr gut bedient ist mit Grünflächen. Das habe ich auch vorher gedacht, das kann nicht so schlecht sein, wie gewisse hier dies gesagt haben. Es kam raus, dass es wirklich gute und viele Grünflächen hat. Es ist nicht jedes Quartier gleich angeschlossen, das war von Anfang an klar. Aber über die Gemeindeflächen hinweg haben wir relativ viele und grosszügige Grünflächen. Wenn wir in Richtung Stadt gehen, Bohrerhofquartier, dann ist auch in der Stadt noch ein Park. Wenn man das Steinbühlmätteli mit einbezieht, dann sieht es nicht mehr so schlimm aus. Es hat viele Allschwiler, weil es ein Grenzpark ist, die sich dort drin aufhalten. Diesen dürfen wir nicht ganz aus den Augen verlieren.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Eigentlich hätte Barbara Selinger zu diesem Geschäft Stellung genommen. Ich mache das jetzt trotzdem, weil wir die Spielregeln haben, wer an einem Konzept mitgearbeitet hat, der äussert sich nicht auch noch im Einwohnerrat dazu, vor allem, wenn es so positiv ist. Ich habe die Mitarbeit sehr spannend erlebt und die Auseinandersetzungen sehr offen. Ich habe alle Beteiligten in ihrer Kompetenz sehr ernst genommen gefühlt. Das war eine wichtige Grundlage, damit dies so gut herausgekommen ist. Neben den Fachvertretern und dem Gemeinderat haben sich die Hauptabteilungsleiter auch sehr gut eingebracht. Wir empfehlen Ihnen, das Freiraumkonzept zur Kenntnis zu nehmen. Wir empfehlen Ihnen auch, die Motion nicht abzuschreiben. Ich begründe dies kurz. Die bestehenden Freiraumanlagen sind gefährdet, weil man Geld braucht. Das Konzept hat einen Empfehlungscharakter und keinen Verpflichtungscharakter. Wir möchten eigentlich, dass sich der Gemeinderat aufgrund der Empfehlungen auch zu Massnahmen verpflichtet. Erst dann sind wir der Meinung, dass man die Motion abschreiben kann. Wir schlagen Ihnen vor, dass Sie das Konzept zur Kenntnis nehmen, aber die Motion nicht abschreiben.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir machen kurz eine Pause, wir haben einen Ehrengast erhalten für unseren neuen Präsidenten. Die höchste Baselbieterin, Marianne Hollinger, ist anwesend und kommt uns heute beehren. Marianne, herzlich willkommen, ich gehe davon aus, dass du beim Apéro auch noch bei uns sein wirst. Du kannst mitfeiern, Jürg wurde ehrenvoll gewählt.

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Freiraumkonzept?

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Noch eine kleine Bemerkung habe ich. Mir fehlt das Aufzeigen von Standorten von neuen Freiflächen. Möglichkeiten aufzeigen, wo neue Freiflächen entstehen oder genutzt werden können, das wäre ganz toll, wenn dies im Konzept aufgezeigt werden kann. Ich sehe dieses Papier nicht als Konzept. Ein Konzept enthält viel mehr. Ein Konzept enthält den Fahrplan, Handlungsempfehlungen usw. Ich schaue es als eine Standortbestimmung an und als das ist es sehr gut.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben diesen Bericht über das Freiraumkonzept mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen und waren sehr überrascht über den Umfang des

Berichts. Wir möchten allen Beteiligten ganz herzlich danken für die unheimlich wertvolle Arbeit, die hier geleistet wurde. Wir von der CVP-Fraktion beantragen auch, dass wir den Bericht zur Kenntnis nehmen und die Motion als erledigt abschreiben.

Markus Gruber, FDP-Fraktion: Noch eine kurze Bemerkung zuerst, ich kandidiere für keine Ämter hier, auch wenn ich auf dem Wahlzettel stehe ab und zu. Im Namen der FDP-Fraktion bedanken wir uns herzlich für den umfangreich farbigen und ein bisschen dichten Bericht. Wir können diesen Konzepten mehrheitlich zustimmen und empfehlen auch, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Motion als erledigt abzuschreiben. Wir hoffen, dass die Verwaltung damit ein nützliches Planungsinstrument in der Hand hat, sodass der Bericht seine Wirkung entfalten kann. Wir haben noch eine Frage: Wie viel hat der Bericht jetzt wirklich gekostet?

Christoph Morat, Gemeinderat: Danke für diese Frage. Ich habe eingangs erwähnt, dass wir innerhalb der bewilligten Kosten waren. Die Endabrechnung ist noch nicht ganz erstellt. Wir können heute schon sagen, dass wir die Kosten nicht überschritten haben. Ich meine, dass Sie im Budget 2012, 2013 und 2014 gesamthaft CHF 114'000 bewilligt. Dort liegen wir ein bisschen darunter, wir haben die Kosten eingehalten.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zu den Anträgen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

3.1 Das Konzept "Freiraumkonzept Allschwil 2013" wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

:::

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

3.2 Die Motion Geschäft Nr. 4002 "Grünanlagenkonzept" wird als erledigt abgeschrieben.

:::

Die Motion wird grossmehrheitlich abgeschrieben.

:::

Das Geschäft als Ganzes ist beendet.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Wahl der Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2014/2015

a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates

b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin

c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin

d) Wahl von 2 Stimmezählern / Stimmezählerinnen

e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmezähler / Stimmezählerinnen, Geschäft 4192

7a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates

Andreas Bammatter, Präsident: Ich bitte die Stimmezähler die Wahlzettel auszuteilen und bitte um Vorschläge.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Zuerst möchte ich dem Einwohnerratspräsident danken. Er hat die Sitzungen für unser Empfinden souverän geführt. Als sein Nachfolger schlagen wir Ihnen Jürg Vogt vor. Er ist ein langjähriges Mitglied des Einwohnerrates, kennt alle Abläufe und hat Praxiserfahrung. Er war über vier Jahre Kommissionspräsident und hat im letzten Jahr als FDP-Parteipräsident bewiesen, dass er mit unterschiedlichen Meinungen diese bündeln kann, sodass man produktiv in die Zukunft gehen kann. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es weitere Vorschläge? Gut, dann bitte ich jetzt, den Namen aufzuschreiben und anschliessend die Stimmzähler einzusammeln.

Ausgeteilte Stimmzettel:	32
Eingegangene Stimmzettel:	32
Davon leer und ungültig:	3
Gültige Stimmen:	29
Absolutes Mehr:	15

://:

Gewählt ist mit 25 Stimmen Jürg Vogt.

Weiter Stimmen haben Rahel Balsiger, Roland Naef und Markus Gruber erhalten.

Jürg Vogt, 1. Vize-Präsident: Vielen Dank für das Vertrauen. Ich habe viele Stimmen erhalten und ich bin überrascht. Es freut mich sehr, dieses Amt auszuführen. Ich konnte vier Jahre im Büro mitarbeiten. Bei dieser Gelegenheit kann ich sagen, dass wir sehr gut arbeiten können im Büro. Wir haben auch bemerkt, dass wir die Geschäfte bündeln und die Sitzungen gut vorbereiten müssen. Auf diesem Weg möchte ich weitergehen. Ich weiss mich gut unterstützt von der Verwaltung, das freut mich. Nicole Müller hat die Sache wirklich gut im Griff und man kann gut mit ihr zusammenarbeiten. Ihr habt bemerkt, dass ich gerne vorwärts mache an den Sitzungen. Bereitet euch gut vor, dann kommen wir auch gut vorwärts. Wie es so üblich ist, möchte auch ich euch heute gerne einladen zu einem kleinen Apéro, spontan natürlich. Die Frage steht schon lange im Raum, wo man dies machen kann. Andreas ist letztes Mal auf den Dorfplatz gegangen, unverständlicherweise für mich. Ich habe auch hier drin schon gesagt, dass Allschwil bei der Ziegelei aufhört. Das ist natürlich, wie einiges, was ich sage, nicht so ernst zu nehmen. Ich weiss, dass Allschwil bis zum Morgartenring geht. Wir gehen auf den Lindenplatz, um nicht zu sagen, ins andere Allschwil. Wir haben eine Stadt und das Dorf ist ein Quartier und der Lindenplatz ist auch ein Quartier, das gehört alles zusammen. Wir dürfen bei der Firma HoLa Gartenbau auf ihr Areal. Ihr werdet sehen, es ist eine gemütliche Atmosphäre, den Sommer haben wir auch bestellt. Es stimmt eigentlich fast alles. Ich freue mich auf einen tollen Abend und ich möchte alle, den Gemeinderat voraus, alle Einwohnerräte und die Anwesenden der Verwaltung, sehr herzlich einladen. Man darf auch die Presse nicht vergessen, auch ihr seid herzlich eingeladen. Und auch alle Gäste, die anwesend sind, können vorbeikommen. Es gibt etwas zum Essen und zum Trinken, und für Musik ist auch gesorgt. Wir machen jetzt die Sitzung fertig, der Präsident wird dies leiten. Wir treffen uns circa 19.30 Uhr bis 20.00 Uhr beim Lindenplatz. Ihr kennt die Apotheke beim Lindenplatz und den Migros. Es gibt auch einen ÖV zum Lindenplatz, das Tram 6 fährt dahin. Das habe ich alleine rausgefunden, Andreas musste mir nicht helfen. Wir werden jetzt die Sitzung geordnet fertig machen und ich freue mich, wenn Ihr alle kommt. Und ich erkläre die Annahme der Wahl.

Andreas Bammatter, Präsident: Jürg möchte vorwärts machen. Ich habe ein Instrument mitgebracht, damit er, wenn es nötig ist, auf den Tisch klopfen kann, wenn der Takt geändert werden soll. (überreicht ihm einen Plastikhammer)

Wir fahren weiter.

7b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin

Andreas Bammatter, Präsident: Ich bitte um Nomination für die 1. Vizepräsidentin.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen Pascale Uccella-Klauser vor. Sie war bisher 2. Vizepräsidentin. Es ist nur normal, dass sie aufgrund ihrer Arbeit, die sie von der Stimmzählerin bis jetzt durchgemacht hat, nachrückt als erste Vizepräsidentin.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Gut, dann bitte ich die Stimmzähler die Zettel auszuteilen.

Ausgeteilte Stimmzettel:	33
Eingegangene Stimmzettel:	33
Davon leer und ungültig:	2
Gültige Stimmen:	31
Absolutes Mehr:	16

://:
Gewählt ist mit 29 Stimmen Pascale Uccella-Klauser.

Weitere Stimmen haben Markus Gruber und Maya Meisel erhalten.

Pascale Uccella, 2. Vizepräsidentin: Ich möchte mich sehr herzlich bedanken für das Vertrauen und die vielen Stimmen. Ich habe grosse Freude. Ich probiere, Jürg eine Unterstützung zu sein und hoffe, dass wir dies zusammen meistern. Ich möchte kurz Andreas Bammatter danke sagen, es war ein tolles Jahr.

7c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin

Andreas Bammatter, Präsident: Ich bitte um Wahlvorschläge.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion schlägt Ihnen Philippe Adam vor.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Gut, dann bitte ich die Stimmzähler die Wahlzettel zu verteilen.

Ausgeteilte Stimmzettel:	33
Eingegangene Stimmzettel:	33
Davon leer und ungültig:	3
Gültige Stimmen:	30
Absolutes Mehr:	16

://:
Gewählt ist mit 22 Stimmen Philippe Adam.

Weitere Stimmen haben Stephan Wolf 6, Roland Naef und Philippe Hofmann erhalten.

Philippe Adam, CVP-Fraktion: Ich bedanke mich für das tolle Resultat und freue mich auf die neue Herausforderung und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit, auch im Büro.

7d) Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen

Andreas Bammatter, Präsident: Ich bitte um Wahlvorschläge.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Als Stimmzähler schlagen wir Simon Maurer vor.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es weitere Nominationen?

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Es gibt ja eine Verschiebung beim Anrecht auf Sitze bei den Stimmezählern, wenn ich das richtig verstanden habe?

Andreas Bammatter, Präsident: Nein, ihr habt diesen Sitz, ihr könnt vorschlagen, ihr seid eine Fünfer-Kommission.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion schlägt Ihnen Christoph Ruckstuhl vor, dieses Amt definitiv auszuüben.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es noch weitere Nominationen für ins Büro? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir warten aber noch, bis die anderen zurück sind, damit ich fragen kann, ob die stille Wahl bestritten ist. Wir können eine stille Wahl machen, weil es so viele Kandidaten wie Anzahl Plätze hat. Vorgeschlagen sind Simon Maurer und Christoph Ruckstuhl. Möchte jemand auszählen lassen? Das ist nicht der Fall.

//:

Somit sind diese beiden gewählt. Herzliche Gratulation.

7e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmezähler / Stimmezählerinnen

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es Nominationen für Ersatzleute fürs Wahlbüro?

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion schlägt Ihnen Kurt Kneier vor.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion schlägt Ihnen Armin Bieri vor.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Vorgeschlagen sind Armin Bieri und Kurt Kneier. Möchte jemand auszählen lassen? Das ist nicht der Fall.

//:

Somit sind diese beiden gewählt, Herzliche Gratulation.

Wir sind fast fertig mit der Traktandenliste. Wir haben die Geschäfte beendet. Meistens geht dies unter, aber einmal im Jahr ist dies ganz wichtig. Der Präsident oder die Präsidentin hat die tolle Aufgabe unseren Ratsweibern ganz herzlich zu danken. Nach dem gestrigen Spontaneinsatz, den sie auf unsere Anregung hin machen mussten, zählt es heute doppelt. Ich möchte Anita und Hugo Gloor ganz herzlich danken für ihren Einsatz während des ganzen Jahres. Es gab, salopp gesagt, bei uns Ausfälle, und bei euch nie. Ihr wart immer da und dafür ein herzliches Dankeschön. Wir freuen uns, dass ihr uns weiterhin unterstützt und betreut. Ich kann das Jahr nun schliessen und freue mich auf den zweiten Teil des Abends.

Jürg Vogt, 1. Vizepräsident: Ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn alle mitkommen. Wir verschieben uns nach der Sitzung einzeln, ich bin vielleicht nicht der Erste, der dort ist. Ihr werdet erwartet, stösst an, und ich komme dann auch.

ENDE
